Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

195 (22.8.1935) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 195
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Donnerstag
22. August 1935

Führt Mars das Regiment?

Zum Fiasko der Pariser Konferenz — Vor der Schicksalsstunde des Völkerbundes

NSK. Nachdem der Völkerbund ebensowenig wie die von ihm beschlossene Pariser Konferenz in der Lage waren, den seit Monaten drohenden italienisch-abessinischen Kriegsausbruch zu verhindern, hat man sich nunmehr auf die direkte diplomatische Verständigung zurückgezogen und hofft, voller Verzweiflung und Unruhe das Verhängnis im letzten Augenblick zu verhindern. Man klammert sich in Paris und London wie ein Ertrinkender an den Strohhalm der persönlichen Fühlungnahme und Aussprache zwischen den Staatsmännern. In diesem Augenblick höchster Spannung, die wie ein unheimliches Gewitter über den Regierungshauptstädten der interessierten Länder lastet, sieht man in der direkten Politik von Kabinett zu Kabinett den letzten Ausweg aus der wohl kaum noch vermeidbaren Katastrophe. In dieser größten Not beschreitet man also einen Weg, den das Deutschland in der allgemeinen Außenpolitik als den einzig richtigen erkannt hat und vorbildlich gegangen ist. Ob es jetzt allerdings nicht zu spät ist, vermögen wir im Augenblick nicht zu entscheiden. Der Beweis aber ist eindeutig erbracht worden, daß die Politik der großen Konferenzen ein nicht wieder gutzumachendes Fiasko und damit ihre Liquidierung erfahren hat.

Selbst in London und Paris sind sich die politischen Kreise allmählich darüber im klaren, daß das Ende des Völkerbundes kaum noch zu verhindern sein dürfte. Es wird zwar noch eine leise Drohung mit diesem Instrument an die Adresse Roms gerichtet und angedeutet, daß, wenn Italien in der Erledigung seines Konfliktes mit Abessinien nicht auf die kriegerische Auseinandersetzung verzichtet, gegebenenfalls Maßnahmen erforderlich sein werden, die nicht gerade zu seinem Vorteil beitragen könnten. Wir können uns nicht denken, daß Mussolini in seiner Haltung verharren würde, wenn er die verkappten Warnungen übermäßig ernst nähme. Schließlich ist er ein Staatsmann, der die Genfer Atmosphäre erlebt und auch im übrigen die europäische Politik der letzten Jahre zur Genüge kennengelernt und mitgemacht hat.

Die Nervosität ist denn auch an all den Stellen, die noch irgendwie an das Wunder einer kollektiven Friedenssicherung nach Genfer Muster glauben, außerordentlich groß und zeigt, daß die Nachkriegspolitik nicht nur in einer ernsten Krise schwebt, sondern darüber hinaus vielleicht sogar ein Wendepunkt der zwischenstaatlichen Politik zu erwarten ist. Der Zusammenbruch und das Fiasko der Pariser Verhandlungen sind ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß der Völkerbund weder seine Sendung klar erkannt, noch ihr je zu Anerkennung und Erfolg verholfen hat. Man kann in einem internationalen Gremium niemals die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen zwei Staaten ausgebrochen sind, in einer Art beilegen, wie es der Völkerbund in entscheidenden Fragen immer und immer wieder unvollkommen und häufig verhängnisvoll getan hat. Es geht eben nicht, daß sich zwei oder mehrere Mächte vorher über den Gang der Verhandlungen einig werden und dann dem einen oder anderen Partner des Konfliktfalles eine Alternative zu Füßen legen, der er sich zu fügen hat, ganz gleich, ob sie seinen Interessen und staatspolitischen Notwendigkeiten gerecht wird oder nicht. Das ist die Art kollektiver Politik, die niemals zur Befriedigung, immer aber zu Unsicherheit und Friedensstörung führen muß.

Es ist doch nicht so, daß England und Frankreich aus glühendem Idealismus allein eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Rom und Addis Abeba durch mehr oder weniger geschickte Vermittlungsversuche zu verhindern trachten, sondern es spielen dort auch noch Interessen mit, die über die eigentlichen italienisch-abessinischen Streitpunkte hinausgehen. Hinter jedem Krieg pflegen wirtschaftliche Dinge eine häufig nur zu entscheidende Rolle zu spielen. Und darüber hinaus ist Abessinien für England ein mindest eben so heißes Eisen wie für Frankreich, deren Kolonialgebiete Abessinien im Süden und Norden umschließen. Die Straße von Aden liegt in unmittelbarer Nähe und führt auf dem kürzesten Wege in die indischen Dominien. Es droht also an einer Stelle ein Krieg, die ein geographischer Mittelpunkt der britischen Kolonialpolitik ist. Die Bodenschätze Abessiniens, die zum größten Teil noch nicht gehoben sind, sind schließlich ebenfalls ein Faktor, den man den Italienern in London und Paris auch nicht gerade ohne innere Widerstände in die Hand spielen möchte. Und ferner dürfte das Rassenproblem nicht ganz nebensächlicher Natur sein, da die farbigen Völker sich immer mehr gegen die Oberherrschaft der weißen Rasse aufzulehnen beginnen. England aber ist ein Herr über die verschiedensten Rassen.

Man sieht also, daß ein italienisch-abessinischer Krieg bei näherer Betrachtung gar keine so belanglose Angelegenheit ist, wie man zunächst schlechthin meinen möchte. Es platzen hier außerordentlich viele und delikate Interessen aufeinander, zumal man noch nicht weiß, ob nicht auch eine große Weltmacht des Fernen Ostens im Hintergrunde irgendwelche Ambitionen verspürt, die noch ungeahnte Möglichkeiten offen lassen. Italien jedenfalls scheint das Gefühl zu haben, England und Frankreich sowie damit dem Völkerbund Paroli bieten zu können, sonst würde man sich vermutlich im Quirinal nicht auf das abessinische „Abenteuer" so versteifen, wie es zweifellos den Anschein hat. Die Kriegsvorbereitungen sind auf beiden Seiten heftig im Gange und haben in den letzten Tagen eine weitere Steigerung erfahren, die ernsteste Besorgnisse rechtfertigen. Die Frage, ob Mars in jenem heißen abessinischen Winkel Afrikas das Regiment führen wird, ist akuter denn je geworden. Auf beiden Seiten der Gegner herrscht eine Stimmung und eine geistige Verfassung, die die besten Voraussetzungen zur Mobilisierung und Kriegserklärung geschaffen hat. Angehörige anderer Völker stellen sich Abessinien zur Verfügung, um auf der Seite des Negus zu kämpfen und dadurch unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß sie gegen das weitere Eindringen einer europäischen Macht in den schwarzen Erdteil entschieden Front machen. Für die europäischen Staatsmänner steht die Uhr auf fünf Minuten vor Zwölf. Jede Sekunde kann das Kriegsgewitter losbrechen und dort Flammenzeichen zum Himmel senden, die über das eigentliche Kriegsgebiet hinaus ihre aufrührerische Wirkung unter Umständen nicht verfehlen.

Die Diplomaten an der Themse, der Seine und am Tiber, vielleicht sogar am Genfer See, haben eine Verantwortung von ungeheurer Schwere, über die sie sich im klaren sein müssen, wenn sie einst vor der Kritik der Geschichte bestehen wollen. Nicht nur die Interessen der feindlichen Parteien, sondern auch die Sicherheit Europas und darüber hinaus des Weltfriedens stehen auf dem Spiel. Die Geschichte hat Beweise genug dafür geliefert, wie ein einziger Funke ein Pulverfaß zur Entzündung bringen und einen Weltenbrand entfachen kann. Die amtierenden Diplomaten der Gegenwart sind noch lebende Zeugen eines Weltkrieges, der fast einen ganzen Erdteil wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen ausgesetzt hat, unter denen die Welt und die Menschheit noch heute leiden. Wenn sie dort unten in Abessinien Mars das Kriegsbeil in die Hand drücken, dann mögen sie sich der Tragweite ihrer politischen Entschlüsse für die beteiligten Völker beizeiten bewußt sein.

Dr. W. Bastian.

„Das ernsteste Problem seit 1914"

Eine Erklärung Macdonalds

London, 21. Aug. Zur Vorbereitung der Kabinettssitzung tagte am Mittwoch in der Downingstreet der auswärtige Ausschuß der Regierung unter dem Vorsitz von Ramsay Macdonald. Im Laufe des Vormittags hatte der Führer der arbeiterparteilichen Opposition, Lansbury, mit dem Außenminister Sir Samuel Hoare eine Aussprache über die Lage. Im Anschluß daran stattete der frühere Ministerpräsident Lloyd George dem Foreign Office einen Besuch ab.

Bei seiner Ankunft in London erklärte Macdonald einem Pressevertreter, er wisse noch nicht, ob er nach Abschluß der Kabinettsberatungen wieder in seine schottische Heimat zurückkehren könne. Alles hänge von der Entwicklung der Lage ab. **„Ich sehe", so fügte er hinzu, „die gegenwärtige Lage als das ernsteste Problem an, das England seit 1914 zu lösen gehabt hat. Es ist eine sehr ernste Lage."**

In einem Reuterbericht wird darauf hingewiesen, daß nicht nur die Frage des Waffenausfuhrverbots, sondern auch andere Schlüsselfragen der britischen Politik in der Angelegenheit des drohenden italienischen Einmarsches in Abessinien dem Kabinett zur Entscheidung vorliegen würden. In einer Reutermeldung aus Genf wird auf die Bedeutung des Zeitfaktors aufmerksam gemacht. Man hoffe in Genf, daß das britische Kabinett in seiner Sitzung, falls man überhaupt irgend eine wirksame Maßnahme seitens des Völkerbundes erwarte, die Abhaltung einer Sondertagung des Genfer Rates in der nächsten Woche vorschlagen werde, anstatt bis zu dem ursprünglichen Zeitpunkt des 4. September zu warten. Im Hinblick auf die Möglichkeit einer Kriegserklärung würde eine Zeitersparnis von einer Woche von ungeheurem Wert sein.

*

Der Schlichtungs- und Schiedsgerichtsausschuß

siedelt nach Bern über

Paris, 21. Aug. Der italienisch-abessinische Schlichtungs- und Schiedsgerichtsausschuß hörte am Dienstag die Ausführungen des Rechtsberaters Abessiniens, Professor Jèze, an, worauf der italienische Rechtsberater Professor Lessona den Antrag stellte, gewisse Persönlichkeiten in der Ualual-Angelegenheit zu vernehmen. Der Ausschuß hat diesem Antrag stattgegeben und beschlossen, sich in den allernächsten Tagen nach Bern zu begeben, wo die Vernehmung erfolgen wird.

*

Erhöhung der italienischen Fliegertruppen

Rom, 21. Aug. Durch ein soeben im Amtsblatt veröffentlichtes Dekret wird der Personalstand der italienischen Militärfliegerei beträchtlich vergrößert. So wird beim fliegenden Personal die Zahl der Generäle von 13 auf 33, die der Obersten von 22 auf 68 und die der Oberstleutnants von 57 auf 166 erhöht. Aehnliche Steigerungen finden sich beim Land- und technischen Personal.

Insgesamt befinden sich bei der Fliegertruppe 3061 Offiziere bei einer Erhöhung um 500, 7026 Unteroffiziere bei einer Erhöhung um 1860 und 30 396 Mannschaften bei einer Erhöhung um 10 988 unter den Fahnen.

*

Spanische Vorsichtsmaßnahmen bei Gibraltar

Madrid, 21. Aug. Die Korrespondenten der Madrider Zeitungen in Cadiz teilen ihren Redaktionen mit, daß die Anwesenheit von zwei italienischen Wasserflugzeugen am Cabo de Tarifa (Provinz Cadiz) große Aufregung hervorrufe. Die italienischen Wasserflugzeuge begründeten ihre Anwesenheit in spanischen Gewässern mit der Aufgabe, italienische Munitionsschiffstransporte zu schützen.

Spanische Truppenteile seien bereits mobilisiert worden und befänden sich auf dem Wege nach Cadiz. Von den spanischen Garnisonen in Cordoba, Malaga und Sevilla würden weitere militärische Streitkräfte aufbrechen, um sich auf das südspanische Küstengebiet zu verteilen.

Der oberste Befehlshaber der auf den Balearischen Inseln liegenden spanischen Division, der zur Zeit in Madrid weilte, kehrte nach einer kurzen Unterredung mit dem spanischen Kriegsminister nach den Balearen zurück. Der spanische Innenminister teilte den Pressevertretern mit, daß die Nachrichten aus Cadiz auf Grund der noch bestehenden Pressezensur aus der spanischen Presse ferngehalten würden.

Reuter meldet aus der französischen Grenzstadt Hendaye: Einem Bericht aus Südspanien zufolge sollen die spanischen Militärbehörden in der Nähe der Meerenge von Gibraltar gewisse Vorsichtsmaßnahmen treffen. Ein Bataillon Infanterie soll am Dienstag in Autobussen nach Tarifa abgegangen sein. Es wird gemeldet, daß eine Anzahl weiterer Bataillone aus Sevilla, Granada, Malaga und anderen Städten diese verlassen haben, um an strategischen Punkten im Gebiet der Meerenge Stellung zu nehmen. Es wird nicht behauptet, daß hinter diesen Maßnahmen irgend welche kriegerischen Absichten zu suchen sind. Eine amtliche Mitteilung ist nicht erhältlich.

*

Die Vereinigten Staaten zum Konflikt

Waffenausfuhrverbot in Aussicht genommen

Washington, 21. Aug. Die amerikanische Presse betrachtet den Ausbruch des Krieges zwischen Italien und Abessinien für unvermeidlich, falls nicht England und Frankreich in letzter Stunde energisch eingreifen. Einmütig wird Mussolini die Alleinschuld an der gegenwärtigen Lage zugeschrieben. „Washington Post" erinnert an sein Auftreten in Streja, wo er Deutschlands Schritt zur Wiederherstellung der Wehrpflicht verurteilt habe. Das Blatt erklärt, Mussolini tue jetzt das, was er damals verdammt habe, und zwar mit viel weniger Berechtigung.

Die amerikanische Regierung verfolgt die Vorgänge mit großer Besorgnis. Sie hält sich einstweilen aus dem Streit heraus, um die Bemühungen Englands nicht zu stören. Sie wird aber, falls es zum Kriege kommen sollte, voraussichtlich von der Ermächtigung Gebrauch machen, ein Waffenausfuhrverbot zu erklären, vorausgesetzt, daß die am Samstag eiligst eingebrachte diesbezügliche Gesetzesvorlage noch vor Beendigung der Kongreßtagung verabschiedet werden kann. Das Gesetz über das Waffenausfuhrverbot würde Roosevelt die Möglichkeit geben, auf die italienische Regierung einen starken Druck auszuüben.

*

Bemerkenswerter Aufsatz der „Times"

15jähriger abessinischer Krieg?

London, 21. Aug. In einem beachtenswerten Aufsatz des Pariser Berichterstatters der „Times" heißt es: Die wirksamste Maßnahme, die angewandt werden könnte, um eine Eroberung Abessiniens durch Italien zu verhindern, würde die Schließung des Suezkanals oder vielmehr eine Sperrung seiner Zugänge für italienische Schiffe sein. Bevor dies aber geschehen könnte, müßte der Völkerbundsrat den Mächten, die die notwendigen Seestreitkräfte besitzen, d. h. Frankreich und England, eine Vollzugsmacht erteilen. Soweit die marinetechnische Seite in Frage kommt, dürfte die Durchführung einer solchen Aufgabe nicht über die Tätigkeit Großbritanniens hinausgehen, gesetzt, daß es sich dazu entschlossen hat.

Der Korrespondent fährt fort: Die italienische Regierung vertraut auf einen schnellen und leichten Erfolg in Abessinien. Sie nimmt sich anscheinend nicht die Mühe, zu erwägen, daß das Gebiet, wenn es die Mühe der Eroberung lohnte, wenn die Eroberung leicht wäre, wahrscheinlich schon einen Eroberer gefunden hätte. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie den Italienern nach den ersten drei Monaten Krieg zumute ist.

Niemand außerhalb Italiens würde sich wundern, wenn ein Feldzug in Abessinien sich fünf oder zehn oder 15 Jahre bei unberechenbaren Kosten hinschleppt.

Kann Italien eine Million Mann unter Waffen halten und zahlungsfähig bleiben, sei es während einer solchen Zeit, sei es auch nur während der drei Jahre, die Mussolini angeblich zur Verfügung zu haben glaubt bevor seine „Probemobilmachung" zu Hause einer grimmigeren Aufgabe zugewandt werden muß?

*

Ratschläge der französischen Presse

für Englands Politik

Paris, 21. Aug. Am Vorabend des Zusammentritts des englischen Kabinetts, das in der Frage des italienisch-abessinischen Streites möglicherweise sehr bedeutungsvolle Entscheidungen treffen könnte, ist die ganze Aufmerksamkeit der Pariser Presse auf London gerichtet. In mehr oder weniger höflicher Form gibt man England zu verstehen, nichts auf die Spitze zu treiben und vor allem keine Beschlüsse zu fassen, die die Spannung zwischen Italien und England nur noch verschärfen könnten.

*

Politischer Hochbetrieb in London

Die Frage der Sanktionen im Vordergrund.

DNB. **London**, 21. Aug. Das Londoner Regierungsviertel war am Mittwoch, dem Vortage der Abessinien-Sitzung des britischen Kabinetts, der Mittelpunkt höchster diplomatischer Tätigkeit. Zahlreiche Einzelbesprechungen nicht nur mit den Mitgliedern des Kabinetts und den führenden Persönlichkeiten der Regierungsparteien, sondern auch mit den Vertretern der Opposition, sowie mit den Oberkommissaren der großen britischen Dominien wurden im Laufe des Tages im Foreign Office geführt.

Nachdem bereits am Dienstag abend eine Aussprache zwischen dem Führer der liberalen Opposition, Sir Herbert Samuel, und dem Völkerbundsminister Eden stattgefunden hatte, folgten am Mittwoch, wie bereits kurz gemeldet, längere Unterredungen zwischen dem Außenminister Sir Samuel Hoare und dem führenden Arbeiterparteiler Lansbury. Von besonderem Interesse ist die anderthalbstündige Unterredung, die er mit Lloyd George hatte, der auch heute noch bei Fragen von entscheidender Bedeutung die Rolle des ältesten Staatsmannes spielt.

Eine Hinzuziehung Lloyd Georges zur morgigen Kabinettssitzung ist indessen nicht in Aussicht genommen. Dienstag abend sprach der amerikanische Geschäftsträger in London, Atherton, beim englischen Außenminister vor, der dem Vertreter der Vereinigten Staaten einen Lagebericht gab. Zu den Besuchern im Foreign Office zählten ferner die konservativen Abgeordneten Sir Austen Chamberlain und Winston Churchill, sowie Lord Cecil und der ägyptische Gesandte. Der Ministerpräsident Baldwin und Schatzkanzler Neville Chamberlain trafen im Laufe des Nachmittags aus dem Auslande kommend in London ein. Beide Staatsmänner lehnten es Pressevertretern gegenüber ab, sich irgendwie zur Lage zu äußern. Noch am Mittwoch abend fand eine erste längere Besprechung Baldwins mit den Ministern Hoare und Eden statt.

Daß der italienisch-abessinische Streitfall als ein britisches Reichsproblem angesehen wird, geht aus der sofortigen Fühlungnahme des englischen Außenministers mit den Vertretern der Dominons hervor. Am Vormittag fand im Foreign Office im Beisein Hoares eine Art Reichskonferenz statt, an der der Oberkommissar für Australien, Bruce, der Oberkommissar für Neuseeland, Parr, der amtierende Oberkommissar für Kanada, Vanier, und der Oberkommissar für den irischen Freistaat, Dulanby, teilnahmen. In der 1½stündigen Konferenz gab Außenminister Hoare einen umfassenden Ueberblick über den Zusammenbruch der Pariser Dreimächteverhandlungen und über die der britischen Regierung nunmehr noch offenstehenden Wege.

Das britische Kabinett tritt am Donnerstag zu der für englische Verhältnisse ungewöhnlich frühen Stunde von 11 Uhr vormittags zusammen. Dieser Umstand läßt darauf schließen, daß die Regierung mit Beratungen von beträchtlicher Dauer rechnet. In unterrichteten Kreisen wird bezweifelt, daß sich das Kabinett schon am Donnerstag auf einem bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan festlegen wird, doch glaubt man an die Möglichkeit einer Entscheidung über wichtige Grundsatzfragen. Die Kernfrage, über die sich das Kabinett schlüssig werden muß, ist, dem „Evening Standard" zufolge, die Frage, ob gegen Italien Sanktionen angewendet werden sollen. Das Blatt meldet, daß die Ansichten innerhalb der Regierung hierüber geteilt sind. Die Befürworter dieses Gedankens seien der Meinung, daß Sanktionen auferlegt werden könnten, ohne daß sich die Warnung Sir Austen Chamberlains bewahrheiten werde, der kürzlich erklärt habe, daß Sanktionen Krieg bedeuteten. Im anderen Lager vertrete man die Meinung, daß England seine Bemühungen darauf abstellen müsse, den Streit auf Afrika zu beschränken.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hochspannung in der Downingstreet

Die Minister schweigen.

DNB. **London**, 21. Aug. Seit den Tagen der Finanz- und Währungskrise im Jahre 1931 hat in der Downingstreet kein so reges Treiben geherrscht wie am heutigen Mittwoch. Immer wieder sammelten sich größere Menschenmassen an, um die Minister und Diplomaten, die ständig vom Haus Nr. 10, der Wohnung des Ministerpräsidenten, zum Foreign Office hinüberwechselten, zu beobachten. Am Eingang hatten zahlreiche Photographen Aufstellung genommen und auch die Vertreter fast sämtlicher führenden in- und ausländischen Zeitungen hatten sich eingefunden. Allerdings wurden die Erwartungen der Zeitungsvertreter, Einzelheiten über den bisherigen Verlauf der Besprechungen zu erfahren, durchweg enttäuscht; denn sämtliche Minister und Diplomaten hüllten sich entweder in undurchdringliches Schweigen oder gaben nichtssagende Antworten.

An der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Regierung, die übrigens am Mittwoch gegen Abend (nicht wie irrtümlich gemeldet am Vormittag) unter dem Vorsitz Baldwins stattfand, nahmen Wirtschaftsminister Runciman, Lordpräsident des Geheimen Rates Macdonald, der Schatzkanzler Neville Chamberlain, Innenminister Sir John Simon, Außenminister Hoare und Völkerbundsminister Eden teil.

Die Londoner Abendpresse berichtet in größter Aufmachung und Ausführlichkeit über die vorbereitenden Besprechungen am Sitze der britischen Regierung.

„Star" äußert starke Bedenken über eine Schließung des Suezkanals, eine Absicht, deren Tragweite offenbar von vielen nicht erkannt werde. Eine derartige Maßnahme könne sehr leicht zum Kriege führen und falle nicht in den Rahmen wirtschaftlicher Sanktionen. Statt dessen befürwortet das Blatt sogenannte passive Sanktionen, wie die Einstellung der Materiallieferungen und der finanziellen Hilfsmaßnahmen für den angreifenden Staat.

„Evening Standarr" wendet sich gegen Sanktionen jeder Art und fordert erneut, daß sich England von dem Streitfall vollkommen fernhalte.

Donaupaktfrage im Vordergrund

Anregungen Mussolinis zu Vorbesprechungen

Paris, 21. Aug. Die auf einen Wink des Quai d'Orsay plötzlich wieder aufgetauchte Frage des Donaupaktes wird von der Pariser Presse weiter so eingehend behandelt, daß der afrikanische Streitfall damit bewußt in den Hintergrund geschoben wird.

Frau Tabouies vom „Oeuvre" weiß bei ihren guten Beziehungen zum französischen Außenministerium noch mit einer Reihe weiterer Informationen aufzuwarten. So berichtet sie, Mussolini habe seinen Vertreter Aloisi ausdrücklich beauftragt, gegenüber Laval in der Abschiedsbesprechung zum Ausdruck zu bringen, daß ein Kolonialkrieg in keiner Weise die europäische Diplomatie und die Festlandspolitik beeinträchtigen werde; im Gegenteil, die italienische Regierung habe die Brennerfront verstärkt.

Außerdem habe Mussolini die französische Regierung wissen lassen, daß er zu einleitenden Maßnahmen für eine Konferenz zur Regelung des Donaupaktes bereit sei. Er werde anregen, daß die ersten Verhandlungen in den nächsten Tagen in Genf stattfinden sollten, damit etwa zehn Tage nach Abschluß der Völkerbundstagung in Rom oder besser in Florenz die Konferenz zur Unterzeichnung des Paktes zusammentreten könne. Dieser Schritt Italiens wird vom „Oeuvre" als bemerkenswert bezeichnet, weil er das Bemühen Italiens anzeige, Frankreich zufriedenzustellen, das nach italienischer Auffassung allein in der Lage sei, die Unzufriedenheit Englands zu beschwichtigen.

Das „Echo de Paris" ist beunruhigt, weil der abessinische Streitfall ein schwaches Europa vorfinde. Wenn London das Waffenausfuhrverbot aufhebe, werde Italien das als feindselige Handlung betrachten. Das Blatt macht dann England den Vorwurf, daß es selbst bisher die Verträge nicht sehr geachtet habe. Nach diesem Angriff gegen England wendet sich das Blatt aber auch gegen die italienische Auffassung, daß die italienischen Kolonien angeblich durch Abessinien gefährdet seien.

Sklaverei in Abessinien ...

In den Debatten um Abessinien erscheint häufig auch das Stichwort „Sklaverei"; diese grausame Einrichtung nehme den Aethiopiern das Recht, in der Reihe der hochstehenden Völker mitzusprechen. Wie steht es nun mit diesem Vorwurf? — Zunächst darf man sich natürlich hier unter einem Sklaven nicht ein Geschöpf vorstellen, das kettengefesselt unter Peitschenhieben durchs Leben wankt. Vielmehr handelt es sich um eine Art von Leibeigenenverhältnis; der Sklave arbeitet für seinen Herrn und ist allerdings an dessen Haushalt gebunden, überläßt ihm dafür aber auch die Sorgen um Obdach, Kleidung und tägliches Brot. Daß man die wertvolle Arbeitskraft (sensationelle Preise für den einzelnen Menschen werden ja von der anti-abessinischen Propaganda immer wieder genannt) nicht mutwillig zerstört, ist selbstverständlich. Im ganzen gesehen, hängt die Sklaverei im Orient untrennbar mit dem Islam zusammen; die Religion verbietet es dem Mohammedaner, die Frauen seines Harems fremden Blicken auszusetzen. Der Sklave zählt dabei nicht; so kann man ihm gestatten, sich zwischen den unverschleierten Frauen arbeitend zu bewegen. Anders wäre ein Haushalt ohne übergroße Behinderung seiner Mitglieder kaum aufrechtzuerhalten. So wird die Sklaverei im islamischen Orient niemals auszurotten sein. Das in seinem Kern koptisch-christliche Abessinien hat sie verboten. Wenn das neue Gesetz nur langsam zu verwirklichen ist, so hat man keinen Grund, daraus besondere Vorwürfe abzuleiten. Denn auch in den von Europäern verwalteten Kolonien (mit mohammedanischen Bewohnern) lebt der Brauch, Sklaven zu halten, kräftig weiter. Und die immer noch blühende Ausfuhr afrikanischer Menschen nach Arabien führt zwangsläufig durch italienisches oder englisches Gebiet! Abessinien, dessen wildere Stämme besonders leidenschaftliche Sklavenjäger sein sollen, grenzt ja nicht an Arabien und das Rote Meer. Und der Sudan, das Jagdgebiet, ist europäisch verwaltet.

Rettungstat eines deutschen Fliegers

Kopenhagen, 19. Aug. Ueber dem Sund bei Kopenhagen geriet am Montag ein dänisches Militärflugzeug ins Trudeln. Der Flugzeugführer, Kapitän Larsen, konnte sich nur durch Fallschirmabsprung retten. Er ging mitten auf dem Sund nieder und geriet in Gefahr, unterzugehen. Fliegerkapitän Kaspar der Deutschen Lufthansa, der mit dem planmäßigen Verkehrsseeflugzeug William Langanke aus Oslo in Kopenhagen eingetroffen war, flog sofort zur Unfallstelle und wasserte in unmittelbarer Nähe des Verunglückten. Den gemeinsamen Bemühungen der dreiköpfigen Besatzung der deutschen Maschine gelang es, den dänischen Fliegeroffizier wohlbehalten an Bord zu nehmen und an Land zu bringen.

Festsitzung der Akademie für Deutsches Recht

Berlin, 21. Aug. Zu Ehren des 11. Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongresses hielt am Mittwoch nachmittag die Akademie für Deutsches Recht eine außerordentlich stark besuchte Festsitzung in der Kroll-Oper ab, in deren Mittelpunkt eine Rede des Präsidenten der Akademie, Reichsminister Dr. Frank, über zwischenstaatliche Strafrechtspolitik stand. Der stellv. Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Geheimrat Professor Dr. Kisch-München, eröffnete die Sitzung und entbot im Namen und im Auftrage des Gründers der Akademie Reichsminister Dr. Frank einen herzlichen Willkommensgruß, der besonders den Vertretern der ausländischen Staaten galt.

Reichsminister Dr. Frank

nahm darauf das Wort zu seinem Vortrage und führte u. a. aus: Das Thema „Zwischenstaatliche Strafrechtspolitik" trägt in sich die große Aufgabe der Kulturstaaten, das Problem der Verbrechensbekämpfung in allen seinen Ausstrahlungen zum Gegenstand zwischenstaatlicher Besorgungen zu machen. Zwischenstaatliche Strafrechtspolitik ist selbstverständlich umfassender als der Begriff des sogenannten internationalen Strafrechts, also jene Vorschriften, die die Frage beantworten, inwieweit die Strafgewalt eines Staates sich über die Grenzen des eigenen Staates hinaus erstreckt. Ich möchte dieses sogenannte internationale Strafrecht als ersten Teil der zwischenstaatlichen Strafrechtspolitik deshalb bezeichnen, weil es ganz offensichtlich eine Aufgabe dieses Kongresses sein müßte, die hierfür geltenden Grundsätze zwischenstaatlich auszugleichen. Unendlich wichtiger ist der zweite Teil der zwischenstaatlichen Strafrechtspolitik, der die Gemeinsamkeit der Verbrechensbekämpfung durch die Staaten in einer Angleichung oder Uebereinstimmung oder gar in einer von einer überstaatlichen Rechtsquelle ausgehenden Gemeinsamkeit auf dem Gebiet der strafrechtlichen Normen als möglich ansieht. Diese Art zwischenstaatlicher Rechtspolitik würde vor allem betreffen das Problem einer zwischenstaatlichen Regelung der Vorbeugungsmaßnahmen. Zu diesen Vorbeugungsmaßnahmen gehören

die Erziehung der Jugend zum Treuegedanken gegenüber der Gemeinschaft und zur Abkehr von den Gefahren der Straffälligkeit;

die ununterbrochene Volksaufklärung über die Gefahren, die jedem Einzelnen aus dem Verbrechen erwachsen und

die eugenischen Maßnahmen zur Verminderung der Nachkommenschaft verbrecherischer Elemente.

Zwischenstaatliche Strafrechtspolitik ist nur möglich zwischen weltanschaulich auf dem Gebiet der Strafrechtsgrundsätze im wesentlichen gleichgerichteten Staaten. Diese zwischenstaatliche Strafrechtsarbeit muß eine klare Antiverbrecherfront sein. Zwischenstaatliche Strafrechtspolitik ist weiter nur möglich zwischen Staaten mit unabhängiger Strafrechtspflege. Ich schlage vor, daß ohne Tangierung irgendwelcher anderer internationaler Einrichtungen als Ergebnis dieses Kongresses ein internationaler Arbeitsausschuß errichtet wird, dessen Aufgabe der Ausbau der zwischenstaatlichen Möglichkeiten auf dem Gebiet des Strafrechts zu sein hätte. Das Deutsche Reich des Nationalsozialismus kann aus der Erfahrung mit seinen strafrechtlichen Neuerungen nur die eine dringende Bitte an jeden strafrechtlich interessierten Staatsmann und Gelehrten aller Kulturländer richten an Ort und Stelle in Deutschland die Bedeutung und die Auswirkung der nationalsozialistischen Strafrechtspolitik zu untersuchen.

Die Akademie für Deutsches Recht begrüßt alle Versuche einer Förderung der zwischenstaatlichen Strafrechtspolitik, die im wesentlichen auf den von mir eben vorgetragenen Grundsätzen aufgebaut ist. Wir denken nicht an ein Weltstrafgesetzbuch; denn, wie schon betont, hat die Verständigung über einzelne Verbrechens- und Vergehenstatbestände und einheitliche Bestimmung darüber ergeben, daß gerade auf dem Gebiet des Strafrechts eine Abgrenzung selbst innerhalb der Kulturvölker vorhanden ist.

Reichsminister Dr. Frank betont zum Schluß die Notwendigkeit, daß der Kongreß mit einem großen Appell an die Kulturvölker herantreten müsse, die Belange des Strafrechts von den rein polizeilichen Momenten emporzusteigern zu einer großen Gemeinschaftsaufgabe der Kulturvölker. Mögen Staaten und Völker verschieden sein, wie sie mögen, in einer Aufgabe müssen sie alle zusammenstehen: in der Verbrechensbekämpfung. Da es derzeit an einer allgemeinen Organisation der Staaten fehlt, die den Anspruch auf Anerkennung als überstaatlicher Gesetzgeber erheben könnte, und da der vertragliche Aufbau der Zusammenarbeit der Staaten auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Strafrechtspolitik durchaus nicht vollkommen ist, erwächst hier die große geistig-schöpferische Mission der Juristen dieser Zeit im Dienste ihrer Völker und der Gesamtkultur.

Staatssekretär Dr. Freisler

auf dem Strafrechts- und Gefängniskongreß

Berlin, 21. Aug. Auf der Vormittagssitzung des 11. Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongresses hielt Staatssekretär Dr. Roland Freisler einen eingehenden Vortrag über den Wandel der politischen Grundanschauungen in Deutschland und seinen Einfluß auf die Erneuerung von Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug, in dem er u. a. ausführte: Während der Absolutismus das Volk nicht als Wesen, sondern als eine Masse von Untertanen betrachtete, wurde in der parlamentarischen Demokratie der Einzelne Ausgangs- und Zielpunkt. Für das Volk blieb bei solcher Betrachtungsweise überhaupt kein Raum. Seine Stelle nahm die menschliche Gesellschaft, also gewissermaßen ein Verein der Individuen ein, der rechtlich zu umreißen ist als die Summe der Stimmberechtigten. Demgegenüber steht der Nationalsozialismus. Ihm erscheint das Volk als ein wirkliches Lebewesen. Der Einzelne erscheint dem Nationalsozialismus als Volksglied, dessen Lebensinhalt in der Erfüllung seiner Aufgabe im Volksganzen besteht, der also im Aufgehen im Volksganzen seinen Lebenssinn erfüllt. Daraus ergibt sich, daß der Staat lebendige Volksgemeinschaft ist.

Es leuchtet ein, daß eine so veränderte Auffassung von Staat und Volk auf den Begriff des Rechtes von grundlegendem Einfluß sein muß. Erscheint dem Liberalismus das Recht als „Zwangsregel des sozialen Lebens", so bedeutet dem Nationalsozialismus das Recht die Summe der Forderungen des Volksgewissen an das Volk und seine Glieder mit dem Ziele der Durchsetzung des völkischen Lebensrechtes. Rechts- und Unrechtsbegriffe sind im Nationalsozialismus materiell, im Liberalismus formell bestimmt.

Für den nationalsozialistischen Staat wird das Strafrecht zum Rüstzeug der Volksgemeinschaft, das dem Reinigungs- und Schutzbedürfnis des Volkes dient. Die liberale Blickrichtung wendet sich der Förderung des Einzelwesens zu, was gerade im Strafrecht sehr leicht zu einer Förderung des der Straftat Verdächtigen führt. Die nationalsozialistische Auffassung wendet sich der Gemeinschaftsförderung zu, wobei sie sich dessen bewußt bleibt, daß Gerechtigkeit dem Einzelnen gegenüber auch zur Gemeinschaftsförderung gehört.

Besonders schwer ist es, die Bestrafung des Individuums in der Gestalt der Todesstrafe und der Freiheitsentziehung vom liberalen Standpunkt zu rechtfertigen. Bei der zentralen Stellung, die das Individuum im Weltbild des Liberalismus einnimmt, ist die Auslöschung dieses Individuums durch die Todesstrafe kaum tragbar. Auch schon die Freiheitsentziehung bedeutet einen derartigen Eingriff in eine der wesentlichsten Grundrechte aller liberalen Verfassungen, daß sie für die liberale Staatsführung immer ein Problem bleiben mußte. Bei der Einheit von Volk und Staat, von der der Nationalsozialismus ausgeht, und bei der Wertung des Einzelnen als Volksglied besteht dagegen eine innere Problematik bezüglich der Berechtigung der Bestrafung nicht. Das Sühnebedürfnis für Taten von Volksgliedern empfindet das Volk als eigenes Sühnebedürfnis; das Volk verlangt sogar von dem Einzelnen, daß er auch seinerseits dieses Bedürfnis zur Sühne hat.

*

Entschließungen des Kongresses

Der Internationale Strafrechts- und Gefängniskongreß nahm den Vortrag von Staatssekretär Freisler mit höchstem Interesse und lang anhaltendem Beifall auf.

Entsprechend dem Vorschlag der Sektion III nahm der Kongreß einen Beschluß an, der es als wünschenswert bezeichnet, in die Strafgesetzgebung Vorschriften einzufügen, wonach Personen, die wegen eines mit ihrem Beruf zusammenhängenden Verbrechens verurteilt worden sind, die Ausübung des Berufs verboten wird. Das Berufsverbot soll zeitlich beschränkt werden und höchstens fünf Jahre dauern.

Angenommen wurde schließlich ein Beschluß, der dafür eintritt, daß die Jugendgerichte die Befugnis erhalten, Maßnahmen sowohl gegenüber moralisch gefährdeten Jugendlichen, als auch gegenüber auf Abwege geratenen und straffälligen Jugendlichen zu treffen. Besondere Organisationen für soziale Fürsorge sollen in jedem Staat mit diesen Gerichten eng zusammenarbeiten. Die Gerichte sollen unter anderem auch über Aberkennung der elterlichen Gewalt oder der vormundschaftlichen Befugnisse unwürdiger oder unfähiger Eltern oder Vormünder entscheiden.

Förderung des Flachs- und Hanfbaues

auch im Jahre 1936

Berlin, 21. Aug. Die Maßnahmen zur Förderung des Flachs- und Hanfbaues im Jahre 1935 haben zu einem beachtlichen Erfolg geführt. Die Hanfanbaufläche ist von zirka 300 Hektar auf über 2600 Hektar gestiegen, die Flachsanbaufläche hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht. Dadurch wird mindestens die Hälfte des Bedarfes der deutschen Leinenindustrie an Flachsfaser gedeckt. Eine weitere Steigerung der Anbaufläche für Flachs und Hanf muß jedoch unter allen Umständen erstrebt und im Jahre 1936 erreicht werden. Um hierfür die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, hat die Reichsregierung schon jetzt entschieden, daß die bisherigen Förderungsmaßnahmen auch im Jahre 1936 fortgeführt werden. Die Landwirtschaft wird diese frühzeitige Entscheidung begrüßen, weil sie dadurch die Möglichkeit erhält, bei der Aufstellung der Bestellungspläne für das kommende Jahr die bereits im Frühherbst erfolgt, eine erhebliche Vermehrung des Flachs- und Hanfanbaues vorzusehen.

Neue Vorwürfe gegen die Zollbehörden

von Le Havre

Paris, 21. Aug. Der Zollbehörde von Le Havre wird ein neuer Skandalfall zur Last gelegt, den diese angeblich zu vertuschen bemüht war. Diesmal handelt es sich um den Einfuhrschmuggel von Luxusautomobilen nach Frankreich. Seit drei Jahren soll, wie der „Populaire" behauptet, diese Angelegenheit spielen, ohne daß sie bis an die Gerichte gekommen sei und inzwischen seien die belastenden Aktenstücke seltsamerweise verschwunden. Der Schmuggel soll in der Weise gehandhabt worden sein, daß hochwertige Luxuswagen mit einem Triptyk über Le Havre eingeführt wurden, angeblich vorübergehend, so daß kein Zoll zu bezahlen war. In Paris beschafften die Schmuggler sich für die Wagen dann eine Zulassungsbescheinigung und fuhren nach Belgien. An der Grenze lieferten sie das Triptyk ab, womit der Wagen wieder ordnungsgemäß ausgeführt war. Allerdings kehrten die Wagen dann, einige Grenzposten entfernt, bald darauf nach Frankreich zurück, wobei diesmal die in Paris erworbenen Zulassungsbescheinigungen vorgezeigt wurden und die Wagennummern unbehelligt und unverzollt in Frankreich blieben. Diese Praxis des umfangreich gehandhabten Schmuggels soll der Zollverwaltung von Le Havre bekannt gewesen sein. Sie hat auch eine Untersuchung eingeleitet, die sich aber im Staube verschwundener Akten verlaufen hat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Beginn des Kartenverkaufs für den Reichsparteitag am 26. August. Wie die Organisationsleitung des Reichsparteitages 1935 mitteilt, beginnt der Kartenverkauf für den Reichsparteitag am Montag, den 26. August.

Ungarn feiert den St. Stephanstag. Der Stephanstag, der größte nationale Festtag des ungarischen Volkes, wurde am Dienstag in der ungarischen Hauptstadt mit den seit Jahrhunderten hergebrachten Feierlichkeiten begangen. Unter Glockengeläute bewegte sich zwischen einer unübersehbaren Menschenmenge der feierliche Zug von der Ofener Burg in die Krönungskirche. Zur Feier des Tages fand in den Abendstunden ein Feuerwerk statt.

Schweres Unwetter über Neapel. In den Abendstunden des Dienstag hat ein furchtbares Unwetter über der Gegend von Neapel gewütet, bei dem 11 Menschen ums Leben kamen. Während eines heftigen Gewitters kam es zu starken Wolkenbrüchen. Blitzschläge und Wassermassen richteten schwere Schäden an. Durch das Hochwasser dreier Flüsse wurde die Stadt Castella Mare teilweise in einer Höhe von zwei Meter unter Wasser gesetzt. Dabei ertranken vier Personen, während fünf andere schwer verletzt wurden. Ebenso schwer wütete das Unwetter in Cragnano, wo sogar sieben Menschenleben zu beklagen sind.

Kommunistische Bluttat in Costarika. Nach Meldungen aus Costarika (Mexiko) wurde am Montag der Millionär Alberto Gonzalez Lehmann, der deutscher Abstammung ist, auf seinem Landsitz von Angehörigen der Kommunistischen Partei ermordet. Die Banditen wollten von ihm 20 000 Colones für den Roten Propagandafonds erpressen. Die Bluttat hat große Bestürzung ausgelöst.

Pioniere zur Ausgestaltung des Reichsparteitages. Wie im vergangenen Jahr, werden auch diesmal die zur Ermöglichung des Straßenverkehrs am Reichsparteitag notwendigen Holzbrückenbauten sowie die bei den Veranstaltungen des Reichsheeres nötigen Bauten von den Pionieren erstellt werden. Bereits am Dienstag abend sind die ersten Pionierkompagnien in Stärke von 300 Mann aus Stettin und Neu-Ulm in Nürnberg eingetroffen. Am Mittwoch abend trafen auf dem Nürnberger Hauptbahnhof und dem Bahnhof Schweinau die restlichen Kompagnien ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wiederaufbau am Berliner Funkturm

Von unserem Berliner Sonderberichterstatter.

Eine leichte blaue Wolke hängt über dem Ausstellungsgelände, der Funkturm steht rostig rot mit langen Beinen hinter der heruntergebrannten Halle, von der nur noch die weitliche Brandmauer steht. Oben am Funkturmrestaurant schaffen die Männer, werfen Schutt herunter, man hört die Hammerschläge auf dem Eisen von weitem, ein angebrannter Tisch fliegt herunter, Tapetenfetzen flattern hinterher. Die große Reklamefläche, an der die Leuchtreklame hing, ist nackt und rot gebrannt, der Funkturm sieht kahl aus, häßlich mit seiner versengten Farbe.

*

Die Halle 4, heruntergebrochen, mit Schutt gefüllt, strömt einen häßlichen Branddunst aus. Arbeitsdienst und Pioniere arbeiten. Geleise sind gelegt, die braungebrannten Männer der Arbeitsdienstabteilungen aus Potsdam, Berlau und Velten schaufeln den Schutt in die Kipper, und dann rennen sie schiebend hinter ihnen her, hinüber auf den Sportplatz Brandenburg, wo sie sie auskippen, dann springen sie wieder mit den schlagenden Loren zurück. Mit Schwung wird gearbeitet, der Schweiß brennt zusammen mit der branddünstigen Luft.

Mauerschutt, Teppichreste, Apparateteile schauen heraus, einzelne Metallstücke sind verbogen, eiserne Träger sind in kleinen, abgeglühten Stücken im Schutt vergraben. Wasser und schwarzer Brandrest durchsetzt den Schmutz und Dreck, die Männer, sie schaffen mit Brecheisen, Picken und Aexten, stehen in riesigen Lachen und Tümpeln, sie waten durch schwimmende Radioteile, sie heben Bücher auf, Kataloge, die naß sind, aber nicht verbrannt. Noch aufrecht stehende Mauerreste werden umgestoßen, eine angesengte Telephonzelle wird weggetragen.

*

Der Funkturm ist nicht gefährdet. Professor Straumer, der Erbauer des Turms, der ihn auf vier riesige Porzellankugeln setzte, wußte von vornherein, daß ihm keine Gefahr drohte. Phantastisch sah es in der Nacht aus, als das brennende Restaurant Funkenschwaden über die Gegend sandte, ein Glück, daß der Wind von Westen kam und den Funkenregen nach dem unbebauten Gelände trieb. Ein wenig hatte der heiße Turm sich dem Feuer zugeneigt. Heute, am Tag hat sich das Eisen wieder abgekühlt. Der Funkturm hat seine Verbeugung nach dem Osten hin wieder rückgängig gemacht.

Die ungeheure Hitze des Feuers hat die Bäume und Sträucher, die Fahnen versengt und abbrennen lassen, am Westende aber, an einem der Masten hängt traurig und schmutzig ein Fahnentuch, das naß und träge ein Ueberbleibsel der Halle 4 ist. Es hing im Sprühregen der Löschleitungen, es verbrannte nicht. Und wie es ganz geblieben ist, so ist es auch mit den anderen Hallen. In der Halle 5, der Industrieschau, laufen schon wieder die Lautsprecher, dröhnen die Apparate, während vorne die Männer des Arbeitsdienstes und des Heeres schaffen, daß die Ausstellung bald weiter gehen kann.

*

Lastkraftwagen, Pferdefuhrwerke, Feldbahnen schaffen den Schutt fort, in zwei Tagen wird nicht mehr viel von der Halle zu sehen sein. Eine neue, große, moderne Halle wird an ihrer Stelle erstehen. Bereits am Abend des Brandes hat Dr. Göbbels mit den Herren seiner Umgebung und den zuständigen Stellen beraten, wie die neue Halle aussehen wird. Und während die Pioniere und die Arbeitsdienstler noch mit „Ho — Ruck" an den Seilen ziehen, die Wände einreißen, während die braunen Jungen, die sonst im Rhin Luch oder bei Potsdam arbeiten, beiseite springen, wenn die Mauer dröhnend und aufstaubend zusammenfällt, arbeiten in den Konstruktionsbüros bereits die Techniker an den neuen Plänen, werden bereits die Verhandlungen mit den Baufirmen begonnen, die die Halle neu aufbauen sollen.

Die Firmen, die durch den Brand ihrer Ausstellungsgeräte großen Schaden erlitten, sind bereits wieder dabei, neue Zusammenstellungen ihrer Apparaturen vorzubereiten. Die Fernsehstraße ist schon wieder hergerichtet.

*

In der zusammengebrochenen Halle stinkt es ungeheuer nach Brand und schmutzigem, rußigem Wasser, der Funkturm wird gereinigt, und zur gleichen Zeit fangen die Maler und Tischler schon wieder an, in den beschädigten, benachbarten Hallen auszubessern, was angesengt ist. Die Ausstellung geht weiter — sie hat sogar noch einen sensationellen Rahmen bekommen. Denn die Zuschauer aus dem Reich, die zuerst erschreckt waren und glaubten, sie seien nun umsonst nach Berlin gekommen, die sehen nun, wie im neuen Staate geschafft wird, wenn einmal eine Katastrophe hereinbricht. Nun erst zeigt sich, wie gut organisiert werden kann. Denn nun wird es darum gehen, die verloren gegangenen Schaustellungen wieder einzuholen und neue Stände für die geschädigten Firmen zu finden. Nun erst, in der raschen Arbeit des Arbeitsdienstes und der Pioniere zeigt es sich, was man leisten kann.

*

Am Funkturm klopfen die Arbeiter bereits den Rost der wenigen Stunden ab, sie hängen frei in den Seilen und bürsten mit Stahlbürsten den Brandruß. Im Restaurant wird sauber gemacht, die neue Wandverkleidung ausgemeißelt — man glaubt, es sei alles nur ein Spuk gewesen. Ein paar Stunden, nachdem die Feuerwehrwagen durch die Straßen rasten, wenige Stunden nachdem der Brand notdürftig abgelöscht war, begannen schon die Aufräumungsarbeiten, und während immer noch ein paar weiße Wasserstrahlen aus den Rohren der Feuerwehr auf dem heißen Schutt verdampfend aufsprühen, sind schon die ersten hundert Kubikmeter Schutt weggefahren. An dem Fortbestand der Ausstellung ändert sich durch den Brand nicht das Geringste.

Die Untersuchung des Brandes

auf der Funkausstellung

Berlin, 21. Aug. Ueber die Ursache des Brandes auf der großen Deutschen Rundfunkausstellung, dem die Halle 4 zum Opfer gefallen ist, wird mitgeteilt, daß die bisherige Untersuchung Anhaltspunkte dafür, daß vorsätzliche Brandstiftung oder Sabotage vorliegen, nicht ergeben hat.

Reichssendeleiter Hadamovsky gibt eine neue Parole „Nun erst recht vorwärts"

DNB. **Berlin,** 21. Aug. Im Mittelpunkt der Nachmittagsveranstaltungen des Volkssenders stand am Mittwoch die vom Gau Halle-Merseburg durchgeführte Sendung „Das Land der braunen Erde". Zur Ueberraschung der Tausende, die sich zu dieser Sendung in der Halle des Volkssenders eingefunden hatten, erschien gegen Schluß der Sendung Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky und nahm, von allen Anwesenden stürmisch begrüßt, das Wort zu einer Ansprache. Der Reichssendeleiter führte u. a. aus: Wir sind mitten in unserer Tätigkeit von einem schweren Unglück betroffen worden. Im Laufe des gestrigen Tages ist unter den Trümmern der Halle 4 ein Toter aufgefunden worden und einer der Schwerverletzten im Hildegard-Krankenhaus verschieden. Wir stehen in tiefer Trauer an der Bahre dieser Männer. Wir gedenken auch des Mutes aller jener unzähligen Männer aus allen Organisationen von Bewegung und Staat, die unter Einsatz ihres Lebens ihr Bestes hergegeben haben, um den Brand einzudämmen und die Wut des Feuers zu brechen.

Aber nun wollen wir, meine Volksgenossen und -Genossinnen, den Blick wieder mutig in die Zukunft richten. An manchen Stellen des Auslandes scheint man geglaubt zu haben, daß wir nun gebeugt wären in unserer Aktivität, in unserem Mut und in unserer Tatkraft. Und man hat geglaubt, den Schlag, der uns traf, vielleicht noch dadurch verschärfen zu können, daß man mit maßlosen Lügen und Uebertreibungen von dem Brande berichtete. Von dem Brand ist nur trotz aller gegenteiligen Lügenmeldungen die Halle 4 der Ausstellung betroffen worden — eine Halle von acht Ausstellungshallen! —. Heute früh hat die Rundfunkapparate-Industrie, die in jener Halle ausstellte, ihre neuen Auslagen in der Halle 7, in den Restaurationsräumen und in einem provisorischen Zelt wieder untergebracht. Heute ist die Rundfunkausstellung wieder komplett. Gestern früh schon stand die Fernsehstraße in der Fernsehhalle wieder, und wenn auch unser großer Ultra-Kurzwellensender verbrannt ist, so ist dessen ungeachtet die Fernsehhalle und die Fernsehstraße vollständig unversehrt geblieben und wird in den nächsten Tagen ihren vollen Betrieb wie früher zeigen können.

Unser Dank gebührt auch jenen Männern, die mit unvergleichlicher Energie und Tatkraft die Trümmer des Brandes fortgeräumt und damit die letzten Spuren dieses Brandes beseitigt haben. Es ist ein beispielloses Vorbild nationalsozialistischer Tatkraft, nach diesem furchtbaren Schlag die Arbeit weiter zuführen und es ist ein Zeichen für den gesunden Geist und Instinkt des deutschen Volkes, daß es, wie vorher, sein ganzes Interesse dieser Arbeit geschenkt hat. Wir schreiben über diese Ausstellung die Parole: Nun erst recht vorwärts! Denn es geht ja um das deutsche Volk, es geht ja um eine Arbeit für dieses Volk!

*

Hochbetrieb auf der Rundfunkausstellung

DNB. **Berlin,** 21. Aug. Auf dem Ausstellungsgelände am Kaiserdamm herrschte am Mittwoch wieder Hochbetrieb. Man schätzt, daß der Mittwoch sogar einen werktäglichen Rekordbesuch aufweist. Unter den Besuchern sah man auch zahlreiche Ausländer, die anläßlich der bevorstehenden Eröffnung der Leipziger Messe in Deutschland weilen. Der Massenbesuch ist ein Beweis dafür, daß der Brand der Ausstellung nichts hat anhaben können. Der unbezwingbare Wille der verantwortlichen Stellen und die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Ausstellungsleitung und den von dem Großfeuer betroffenen Ausstellern haben den Schicksalsschlag, der die Ausstellung getroffen hatte, siegreich überwunden.

Den Besuchern der Ausstellung wird wieder die gleiche umfassende Schau moderner Rundfunk- und Fernsehtechnik geboten, wie sie vor dem Brande zu sehen war. Anstelle der niedergebrannten Halle 4 wurde eine Ersatzhalle 4 geschaffen, die aber wirklich nur dem Namen nach eine Ersatzhalle ist. In dem großen Restaurant der Halle 7, dessen Raum durch die Errichtung eines riesigen Zeltes noch erheblich erweitert wurde, bietet sich dem Besucher dieselbe Schau dar, wie sie die ursprüngliche Halle 4 beherbergte. Einer der Hauptanziehungspunkte der Ausstellung ist selbstverständlich nach wie vor die Fernsehstraße. Auch beim Volkssender herrschte wieder großer Andrang.

Die Lose der vom Reichsverband deutscher Rundfunkteilnehmer veranstalteten Lotterie finden weiterhin guten Absatz.

Schlußsitzung des Komintern-Kongresses

Dimitroff „der neue Steuermann der Komintern"

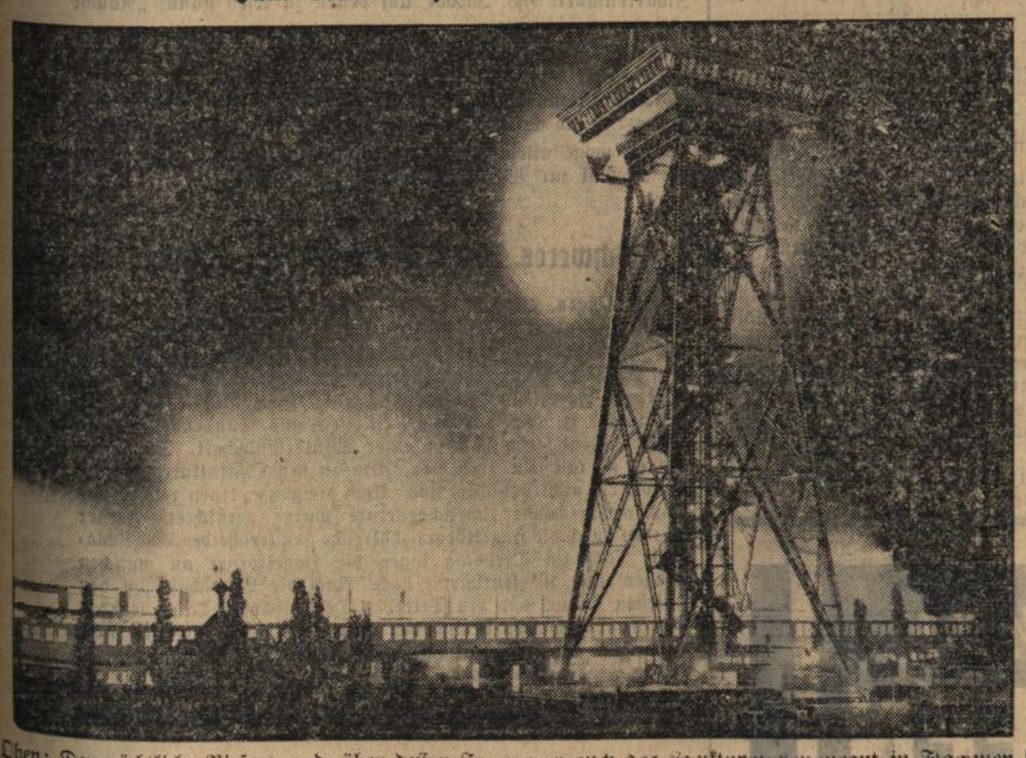
Moskau, 21. Aug. Der Komintern-Kongreß hielt am Dienstag abend seine Schlußsitzung ab. Sie fand ihren Höhepunkt in der Neuwahl des Vollzugsausschusses der Komintern und in dem Schlußwort Dimitroffs. Die Ausschußberichte zu allen Punkten der Tagesordnung wurden ohne Aussprache einstimmig angenommen. Dabei ist zu bemerken, daß die Komintern sich lediglich den Bericht Dimitroffs uneingeschränkt zu eigen gemacht hat, während die Berichte der anderen Redner zum Teil erhebliche Abänderungen und Berichtigungen erfahren haben.

Von Interesse sind die Angaben des Mandatsausschusses. In ihnen heißt es u. a., daß der Kongreß von insgesamt 510 Sektionsvertretern aus 65 Ländern beschickt gewesen sei. In der Zeit zwischen dem 6. und 7. Kongreß, also in den letzten sieben Jahren, sei die Zahl der Mitglieder aller kommunistischen Parteien der Welt von 1 676 000 auf 3 148 000 angewachsen. In der gleichen Zeit sei die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder allein in den sog. kapitalistischen Ländern von 445 300 auf 758 500 gestiegen. Zusammen mit den Mitgliedern der kommunistischen Jugendverbände gebe es heute insgesamt 6 800 000 Kommunisten auf der Welt.

Nach der Annahme eines Antrages des „deutschen" Kommunisten Pieck, der eine Reihe von Aenderungen der Satzung entsprechend den Beschlüssen des gegenwärtigen Kongresses behandelte, wurde sodann zu den Wahlen des neuen Vollzugsausschusses sowie der Kontrollkommission der Komintern geschritten. Dem neuen Vollzugsausschuß gehören außer Dimitroff, „dem neuen Steuermann der Komintern", und Stalin, „dem geliebten Führer des internationalen Proletariats", u. a. noch an: Manuilski, Schdanow, Pieck, Florin, Ercoli, Marty, Cachin usw.

Da der Kongreß angesichts der Entschließungen, die jeweils nach der Behandlung der einzelnen Punkte gefaßt wurden, auf die Annahme einer allgemeinen Hauptentschließung verzichtete, wurden die Schlußfolgerungen von Dimitroff in einer letzten Ansprache gezogen. Dimitroff erklärte, der 7. Kongreß sei „ein Kongreß des völligen Triumphes der Einheit zwischen dem Proletariat des siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion und dem Proletariat der kapitalistischen Welt" geworden, das um seine Befreiung ringe. Der Kongreß habe weiter eine neue Orientierung der Komintern eingeleitet, die sich auf eine jeweilige Aenderung der Tätigkeit entsprechend der internationalen Lage gründet. Wenn der Kongreß weiterhin auf die Notwendigkeit eines scharfen Kampfes um die innere Einheit der kommunistischen Parteien hingewiesen habe, habe er die Leitung der Komintern gestärkt. Damit habe er der Sache der „Revolutionären Erhebung der Welt" (!) einen großen Dienst geleistet, denn er habe in ungeahntem Maße zur Zusammenfassung aller Kräfte beigetragen, um den „Sieg" der proletarischen Weltrevolution (!) herbeizuführen. Schließlich gab Dimitroff der Hoffnung Ausdruck, daß die Teilnehmer des Kongresses seine Losung als eine feste Anleitung zum Handeln in die breiten Massen tragen würden.

Zum Brand auf der Berliner Funkausstellung



Oben: Der nächtliche Riesenbrand, über dessen Feuermeer auch das Funkturm-Restaurant in Flammen steht.

Rechts: Während noch die Trümmer rauchen, räumen Arbeitsdienst und Militär den Schutt fort, um den Boden für den sofortigen Wiederaufbau der Halle freizumachen

(Presse-Bild-Zentrale, M.)

Politische Streiflichter

Litauen ist entschlossen, im Memelgebiet aufs Ganze zu gehen. Es fühlt sich vor der Welt gebunden, das Autonomiestatut der Form nach insofern zu respektieren, als es einen neuen Memellandtag wählen läßt, nachdem es den alten durch sein Willkürregime arbeitsunfähig und damit ungefährlich für seine vertragswidrige Politik gemacht hatte. Deshalb das neue Wahlgesetz, das es dem Memellande aufzwingen will und durch das das Memeldeutschtum praktisch sein Wahlrecht verliert. Erst hat man durch den Gouverneur die deutschen Parteien für staatsfeindlich erklären lassen, hat sich diese Brandmarkung durch gefällige Richter in Kowno bestätigen lassen und verfügt nun, daß alle diejenigen, die diesen Parteien angehören, kein Wahlrecht haben. Man will den neuen Landtag frei von jedem deutschen Einschlag haben. Und dabei ist das Memelgebiet zu mehr als 90 Prozent rein deutsch. Eigentlich ist das eingeschlagene Verfahren so radikal, daß den litauischen Machthabern nichts mehr zu tun übrig bleibt. Aber derjenige, der ein schlechtes Gewissen hat, ist immer mißtrauisch. Und außerdem, es könnte draußen vielleicht einen allzu schlechten Eindruck machen, wenn man schließlich die Zahl der übrig gebliebenen Wähler erfährt. Deshalb hat Kowno sich soeben einen neuen perfiden Schachzug ausgedacht, mit dem man, da es mit den in Gang gebrachten Masseneinbürgerungen von waschechten Litauern im Memelgebiet allein doch nicht zu schaffen ist, nun auch die „Wählermassen", die für litauische Kandidaten stimmen werden, herbeizaubern will. Das im Memelgebiet garnisonierende Militär soll wahlberechtigt zum Memellandtag sein. Die Regierung in Kowno wird dafür sorgen, daß bis zum Wahltage noch mehr Truppen an die Memel verlegt werden. Und dann kann das „Wahlgeschäft" ja losgehen.

*

Obwohl von amtlicher Seite die Gerüchte über eine bevorstehende Umbildung der polnischen Regierung dementiert werden, gelten Veränderungen im Kabinett vor oder nach den Wahlen als wahrscheinlich. Die „Kattowitzer Zeitung" läßt sich darüber aus Warschau berichten: „Es ist allgemein üblich, daß nach den Neuwahlen das jeweilige Kabinett sich formell zur Demission stellt und dem Staatsoberhaupt Gelegenheit zur Betrauung neuer Männer gibt. Sodann fällt es auf, daß der bisherige Sejmmarschall Switalski nicht wieder zum Sejm kandidiert hat, ebenso wie der bisherige Senatsmarschall Raczkiewicz nicht wieder zum Senat aufgestellt werden soll, nachdem er den Posten des Wojewoden nach Krakau übernommen hat. Da als künftiger Senatsmarschall schon seit längerer Zeit der frühere Ministerpräsident Oberst Prystor genannt wird, nimmt man an, daß Sejmmarschall ein anderes älteres Mitglied der sogenannten Oberstengruppe von gleichem Ansehen werden soll und rät dabei allgemein auf den jetzigen Ministerpräsidenten Oberst Slawek. Die wirtschaftsinteressierten Kreise hoffen, daß der Staatspräsident mit der Umbildung des Kabinetts einen hervorragenden Wirtschaftspolitiker betrauen wird, der möglicherweise den bisherigen Kurs einer straffen staatlichen Organisierung aller ökonomischen Fragen etwas mildern würde. Als Vertrauensmänner des Staatsoberhauptes, die zur Lösung einer solchen Aufgabe geeignet wären, nennt man den früheren Handelsminister Kwiatowski und auch den früheren Ministerpräsidenten Professor Bartel. Kwiatowski hat neuerdings in der Oeffentlichkeit selbständige Gedanken über die Grundsätze der staatlichen Wirtschaftsführung vertreten, die einen Mittelweg zwischen strengem Etatismus und liberaler Lockerung des Staatseinflusses suchen. Er ist gegenwärtig im Hauptberuf bekanntlich Generaldirektor der Staatlichen Stickstoffwerke und hat bei den letzten Kabinettsumbildungen kein persönliches Interesse für den Wiedereintritt in die Regierung gezeigt, ist aber sowohl in den leitenden politischen Kreisen, wie bei den Führern der industriellen Unternehmerschaft sehr angesehen geblieben. Professor Bartel gilt von jeher als ein besonders energischer Organisator und sein Name wird daher mit einem Plan in Zusammenhang gebracht, der kürzlich in der konservativen Presse auftauchte u. die Vereinigung mehrerer Wirtschaftsministerien zu einer einzigen mit besonderen Vollmachten für den Kampf gegen die Krise ausgestatteten Behörde vorsieht.

*

Seitdem Präsident Roosevelt dem Kongreß das neue Steuergesetz vorgelegt hat, durch das den großen Vermögen und Einkommen gehörig zur Ader gelassen werden soll, hat er es mit den „oberen Vierhundert" in USA. endgültig verdorben. Nicht etwa, daß diese Reichsten der Reichen filzige Geizhälse wären, die auf ihren Scheckbüchern sitzen und nun ängstlich darüber wachen, daß keine Dollars von ihren Bankkonten abgebucht zu werden brauchen. Es gibt natürlich auch solche unter ihnen, aber die meisten der großen amerikanischen Milliardäre und Vielverdiener haben im allgemeinen doch eine offene Hand. Nur dem Staat geben sie nicht besonders gern. Sie sind der Meinung, er kümmere sich ohnedies schon um mehr Dinge, als ihn eigentlich angehe, und daß er sich, seitdem Franklin D. Roosevelt im Weißen Hause sitzt, gar so viel um das „Geschäft" kümmert, ist ihnen besonders unangenehm. Man muß die „Verwaltung" knapp halten, damit sie nicht allzu mächtig wird — das ist ihre Ueberzeugung. Henry Ford hat vor kurzem erklärt, er und sein Sohn würden schon wissen, wie sie die hohen ihnen drohenden Abgaben an den Staat vermeiden könnten. Denn daß man Roosevelt um seine Steuerernte bringen muß, das ist ausgemachte Sache. Einer von den ganz Großen, J. D. Rockefeller junior, hat damit rechtzeitig begonnen und, wie man zugeben muß, auf eine nicht unsympathische Weise. In Washington wird soeben bekannt, daß der Sohn des alten John D. noch rechtzeitig vor Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes 77 Millionen Dollar als Stiftungen für Organisationen der sozialen Fürsorge und des Volksbildungswesens ausgesetzt hat. Man schätzt, daß Rockefeller junior, wenn er diese Stiftungen nach Inkrafttreten des Steuergesetzes gemacht hätte, allein 32 Millionen an Schenkungssteuer dafür hätte zahlen müssen. Und wenn er die Kapitalien behalten und bei seinem Tode auf seine Nachkommen vererbt hätte, dann würde die Erbschaftssteuer 55 Millionen Dollar ausgemacht haben. Um diese Beträge ist der Staat gekommen. Aber es ist immerhin ein Trost, daß sie der menschlichen Gemeinschaft doch in anderer Form zugute kommen werden.

Erfolg der deutschen Arbeitsschlacht

NSK. Aus allen deutschen Gauen treffen günstige Nachrichten ein über den Stand der diesjährigen Arbeitsschlacht. Mit nur 1,75 Millionen Beschäftigungslosen reichen wir schon jetzt — nach zweieinhalb Jahren Nationalsozialismus — fast an die Verhältnisse der besten Jahre vor der Krise heran. Denn auch in den Jahren höchster wirtschaftlicher Scheinblüte unter marxistischer Aera ist die Grenze von 1 000 000 Arbeitslosen kaum unterschritten worden. Tatsächlich geht aus den Berichten aus dem ganzen Reich hervor, daß nicht nur bisher eine Besserung eingetreten ist, sondern daß auch für die Zukunft noch „Arbeitsreserven" vorhanden sind, die auf eine weitere Verdrängung der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten hoffen lassen. Setzt außerdem im Herbst die Wehrpflicht eines ganzen Jahrganges (oder vielmehr sogar zweier Jahrgänge) ein, so wird auch von dieser Seite her zusätzlich Entlastung geschaffen. Vor allem aber verdient die Tatsache Beachtung, daß das deutsche Arbeitslosenheer von seiner 6-Millionen-Grenze bis zum heutigen Stand vermindert worden ist, während in der ganzen übrigen Welt der Kampf um die Arbeitslosigkeit noch mit wechselndem Erfolg hin und her wogt.

In den Vereinigten Staaten sind trotz gewaltiger Ausgaben zur Krisenbekämpfung auch gegenwärtig noch fast 10 Millionen Arbeitslose vorhanden. Auf je 1000 Einwohner der USA. entfallen nicht weniger als 79 Arbeitslose. Kennzeichnend für die dortige Lage ist aber, daß trotz dieser gewaltigen Arbeitslosigkeit im verflossenen Jahr rund 45 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen verloren gegangen sind, daß Hungermärsche und politische Demonstrationen, genährt durch den Haß des Klassenkampfes, an der Tagesordnung sind.

Auch in England ist es bisher nicht gelungen, die Zahl der Arbeitslosen in nennenswertem Ausmaße zu vermindern. Nach dem Stand von Ende Juli sind in Großbritannien 1,97 Millionen Menschen ohne Arbeit gemeldet. Das (bei einem 46-Millionen-Volk) ebenfalls mehr Beschäftigungslose als in dem wesentlich menschenreicheren Deutschland. Haben die Vereinigten Staaten seit 1933 nur eine Abnahme von 11,2 auf jetzt 9,9 Millionen erreichen können, so ist die englische Arbeitslosenziffer in der gleichen Zeit von 2,5 auf 1,97 Millionen Köpfe noch spärlicher zurückgegangen.

Frankreich hat in all den Krisenjahren eine nur verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen gehabt. Nicht zuletzt haben die Reparations-Einnahmen dem Lande eine finanzielle Reserve gegeben, vermittels der die Regierung gewaltige Auftragserteilungen vergeben konnte. Seit 1932 geht es aber mit der französischen Wirtschaftskonjunktur rückwärts; und dementsprechend nimmt auch die Anzahl der Arbeitslosen in Frankreich zu. Von 274 000 Beschäftigungslosen im Juli 1933 hat sich diese Ziffer bis zur Gegenwart auf 450 000 erhöht! Man geht immer mehr dazu über, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung zu ergreifen, d. h. auf das Muster des Nachbarn im Osten zurückzugreifen, Maßnahmen, über die eine umfangreiche Presse sich seinerzeit in den schwärzesten Tönen geäußert hatte. Auch Frankreich hat nach sachverständigen Schätzungen im Jahre 1934 trotz steigender Arbeitslosigkeit etwa 4 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Unruhen eingebüßt.

Neben Frankreich weisen auch andere Staaten in den letzten beiden Jahren zunehmenden Mangel an Arbeitsgelegenheit einerseits und Vergrößerung der Unruhen auf der anderen Seite auf. In Holland ist die Zahl der Arbeitslosen von 280 000 im Juli 1933 auf 336 000 im gleichen Monat 1935 angestiegen. Die Schweiz weist in ihrer Statistik 53 000 Arbeitslose auf gegen 49 000 im vorigen Jahre. Nicht viel anders liegen die Verhältnisse in Belgien, in der Tschechoslowakei, in Dänemark und sogar auch in Polen.

In Deutschland waren bei der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus von 1000 Menschen nahezu 100 ohne Beschäftigung. Jetzt sind es aber nur noch 26! Das ist ein Fortschritt, wie ihn kein Land der Welt auch nur annähernd in derartig kurzer Zeitspanne aufzuweisen vermag. Damals hatte Deutschland den traurigen Ruhm für sich, die höchste Arbeitslosigkeit der Welt zu besitzen. Jetzt aber haben wir schon die Vereinigten Staaten, England, Holland, Dänemark, Ungarn, Irland, die Tschechoslowakei und Oesterreich längst überholt. Arbeitslos sind von je 1000 Personen

in USA.	79
in England	43
in Holland	41
in Oesterreich	44
in der Tschechoslowakei	40
in Ungarn	37
in Irland	41
in Deutschland nur noch	26

Das Bild der Arbeitslosigkeit hat sich in der wirtschaftlichen Welt seit Jahresfrist nicht wesentlich verändert; die Erfolge, die in einigen Ländern mit mehr oder minder großen Opfern erkämpft worden sind, werden durch die steigende Beschäftigungslosigkeit in anderen Staaten wieder aufgewogen. Ueberall herrscht, geschürt durch die Aktivität des Weltkommunismus, Arbeitsunfriede. Streiks, Revolten, Straßenschlachten, Demonstrationen sind zahlreicher als vor Jahresfrist. Nur in Deutschland hat die neue politische und wirtschaftliche Führung eine Einheit geschmiedet im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Die Mittel, mit denen wir unsere Arbeitsschlacht schlagen, sind oft genug von der Weltpresse geschwächt und verurteilt worden — jetzt gehen die führenden Wirtschaftsstaaten schon selbst nach dem deutschen Vorbild vor.

STADT und LAND können HELFEN!

Volksgesundheit ist Nationalgut und muß behütet werden.

Melde Deinen Freiplatz sofort bei der N.S.V.

„Erholungswerk des Deutschen Volkes"

JEDER KANN HELFEN!

JOCHHEIM

V27

Die Deutschlandfahrer verlassen das Badnerland

Heidelberg wies einen Flaggenschmuck auf, wie es ihn nur an ganz großen Tagen zeigt. 1100 Privatquartiere waren für die Jungen angefordert worden, einige hundert mehr wurden der Organisationsleitung angemeldet. In der Stadthalle fand ein Empfang statt, der in Anbetracht der zahlreichen Erlebnisse, die die Jungen während der letzten drei Wochen hinter sich haben, nur kurz war. Bannführer Knoll gab der Hoffnung Ausdruck, daß die auslandsdeutsche Jugend in Heidelberg erlebe und erfühle, daß hier nicht eine längst vergangene Romantik herrsche, sondern daß hier ein Volk an der Arbeit sei, das neue Deutschland aufzubauen, daß hier Menschen wohnen, die das Reich groß und stark machen wollen. Der Oberbürgermeister ermahnte die Jungen daran, draußen in der Wahlheimat ihrer Väter allen Lügen und Verhetzungen entgegenzutreten und zu erzählen, wie herrlich es im geeinten neuen Reich sei. Dann hieß Dr. Reinhaus die Jungen als Gäste der Stadt herzlich willkommen. Kreisleiter Seiler begrüßte die Jungen und ihre Eltern draußen in der Welt. Den Jungen gab er den Rat, sich nicht verwirren zu lassen von Verleumdungen aller Art, die von unseren Gegnern in Umlauf gesetzt werden. Ihr seht, so rief er den Jungen zu, daß endlich hier ein Reich erstanden ist, wie es unsere Väter ersehnten. Sein Siegheil auf den Führer fand begeisterten Widerhall. Mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes der Jungen: „Unsere Fahne ist die neue Zeit" hatte der Begrüßungsakt sein Ende erreicht. Dann fuhren die einzelnen Wagen auf die Sammelplätze, wo bereits die Quartiergeber warteten, um ihre Schützlinge in Empfang nehmen zu können.

Als nettestes Erlebnis in Heidelberg muß das Wiedersehen von Enkelkind und Großeltern bezeichnet werden. Ein auslandsdeutscher Junge aus Buenos Aires sah hier seine Großeltern, die aus Mannheim herbeigeeilt waren, zum erstenmal. Groß war die gegenseitige Freude.

Abschied vom Badenerland

Wenn man die auslandsdeutschen Jungen nach ihren Eindrücken auf der Deutschlandfahrt fragte, so äußerten sie einhellig ihre herzliche Dankbarkeit und Freude für die überaus freundliche Aufnahme, die sie überall, besonders auch im Badenerlande, gefunden haben. Man hörte sogar sagen, daß noch nirgends auf ihrer Fahrt die Jungen einen so herzlichen Empfang erlebten, wie im badischen Grenzlande. So gerne unsere auslandsdeutsche Jugend durch Deutschlands Gaue gefahren ist und zuletzt noch Gelegenheit nahm, das altehrwürdige Heidelberger Schloß zu besichtigen, so ungern hat sie unser Grenzland am Mittwoch wieder verlassen, um über die Pfalz ins Saargebiet zu fahren.

Sicherheitsmaßnahmen an der Nordwand des Hohenstoffeln

bld. Der bad. Finanz- und Wirtschaftsminister teilt mit: Zum Schutz der beschäftigten Arbeiter, sowie zum Schutze der Besucher bei späterer Freigabe des Hohenstoffeln ist es erforderlich, daß die Felswände des stillgelegten oberen Teils des Steinbruchs an der Nordwand in einen einigermaßen gefahrlosen Zustand versetzt werden. Nachdem der Herr Reichsminister des Innern sein Einverständnis mit den vom Gewerbeaufsichtsamt und der Berufsgenossenschaft für erforderlich erachteten Auflagen erklärt hat, wird in den nächsten Tagen mit der Herstellung des vorschriftsmäßigen Zustandes begonnen. Es werden die gefährlichen, zerklüfteten, überhängenden und zu steilen Felsteile abgesprengt, und die erforderlichen Sicherheitsstufen angelegt werden. Deshalb werden in den nächsten Monaten weitere Sprengungen zu hören sein.

Die Arbeiten werden behördlich daraufhin überwacht, daß die Belange des Heimatschutzes gewahrt bleiben.

Gemeinde und Judenfrage

In der letzten Gemeinderatssitzung in Tauberbischofsheim befaßte man sich mit einem Antrag, der die Judenfrage in der Amtsstadt Tauberbischofsheim betrifft. In diesem Antrag wird gefordert, daß 1. Juden kein Zuzugsrecht in das Stadtgebiet Tauberbischofsheim mehr erhalten sollen; die Juden öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen jeder Art in der Gemeinde nicht benützen, öffentliche Märkte nicht besuchen und zu öffentlichen Versteigerungen nicht zugelassen werden sollen; 2. Juden der Neuerwerb von Grundstücken und Häusern nicht mehr gestattet werden soll, und

3. Judenanhänger und Judenfreunde keinerlei Aufträge oder Arbeit von der Gemeinde mehr erhalten sollen.

Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben.

Jüdische Unverfrorenheit

bld. **Mannheim**, 19. Aug. Die Kreisleitung der NSDAP erhielt vor einigen Tagen Klebestreifen der hiesigen jüdischen Zigarrenfabrik Hch. Jacobi, auf denen zu lesen stand: „Raucht edelreife HJ-Zigarren".

Die Verhöhnung und Herausforderung unserer Staatsjugend konnte nicht unbeantwortet bleiben. Eine sofortige Anzeige beim Polizeipräsidium hatte zur Folge, daß der gesamte, nicht gerade kleine Bestand an diesen Klebestreifen beschlagnahmt wurde.

Dies möge allen skrupellosen jüdischen Geschäftemachern ein für allemal zur Warnung dienen.

Schweres Unwetter über dem Linzgau

Ueberlingen, 21. Aug. In den späten Nachmittagsstunden des Montag ging im oberen Linzgau ein verheerendes Unwetter nieder. Die in der Gegend von Markdorf liegenden drei Gemeinden Hepbach, Stadel und Theuringen wurden von einem gewaltigen Hagelschlag überrascht. Eine Viertelstunde lang fiel der Hagel in Größe von Haselnüssen und Taubeneiern. Die ganze Gegend glich nachher einer Winterlandschaft. Der Schaden ist überall sehr groß, vor allem an den Obstkulturen, da die Landwirte nicht versichert sind. Auch die ganze, einen reichen Ertrag versprechende Zwetschgenernte wurde vernichtet. Ferner wurden durch die Hagelkörner zahlreiche Fensterscheiben eingeschlagen. Noch am Dienstag lagen die Hagelkörner an manchen Stellen über 10 Zentimeter hoch. Auch die Landschaft um den Höchsten herum und ein Teil des Deggenhauser Tales wurden von dem Unwetter heimgesucht. Zum Teil befanden sich noch Hafer und Sommergerste auf den Feldern. Die Frucht sah nachher wie gedroschen aus.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 22. August 1935.

Skala-Theater: „Wunder des Fliegens", 7 und 8¾ Uhr.
Markgrafen-Theater: „Der Herr Senator", 7 und 8¾ Uhr.

Baden

Bühl, 21. Aug. (90 Jahre alt.) Medizinalrat Dertinger konnte am 20. August seinen 90. Geburtstag feiern. Dertinger, der Ehrenbürger der Stadt Bühl ist, entstammt einer alten Arztfamilie, aus der fünf Generationen Aerzte hervorgingen und zur Zeit die sechste Generation ebenfalls Medizin studiert.

Neuweier, A. Bühl, 21. Aug. (Tödlicher Sturz.) Während der Fuhrunternehmer Johann Weiß von Selbach im Murgtal nach Hause fuhr, flog ihm der Hut vom Kopf. Als er darnach greifen wollte, verfing sich der über die Lenkstange gelegte Rock in den Speichen des Vorderrades. Weiß kam dadurch zu Fall und wurde so schwer verletzt, daß er am Dienstag im Krankenhaus in Baden-Baden starb.

Baden-Baden, 21. Aug. (Ausstellung.) Im Gebäude der Ständigen Kunstausstellung Baden-Baden veranstaltet die Badische Kunsthalle Karlsruhe im September eine Ausstellung Schweizer Wandmalerei der Gegenwart. In jahrzehntelanger Uebung hat die Schweiz gerade dieses Gebiet der bildenden Kunst besonders gepflegt und bei zahlreichen öffentlichen Aufträgen berücksichtigt. Unsere eigenen Bemühungen um das gleiche Ziel und die Aufgaben, die die Zeit uns stellt, lassen ein allgemeines Interesse an dieser Veranstaltung erwarten. Die Ausstellung wird am 21. September 1935 eröffnet und bis zum 28. Oktober 1935 dauern.

Lörrach, 21. Aug. (15jähriger Lebensretter.) Der Landeskommissar in Freiburg hat dem 15jährigen Erich Enhorn in Istein, der am 20. Juli 1935 einen 13jährigen Schüler aus dem Rhein vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, für seine mutige und entschlossene Tat die öffentliche Anerkennung ausgesprochen.

Eichen, A. Schopfheim, 21. Aug. (Schwerer Sturz.) Bürgermeister Julius Waßmer stürzte vom Heustock auf die Tenne und zog sich dabei schwere innere Verletzungen zu, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte.

Hasel, 21. Aug. (Unfall.) Nachdem erst vor einigen Tagen sich ein Arbeiter im Fahrnauer Tunnel durch Berühren einer Starkstromleitung schwere Verbrennungen zuzog, ereignete sich am Sonntag ein weiterer Unfall. Der Arbeiter Georg Greiner wurde durch einen umstürzenden Teerkessel überschüttet und verbrannt.

Schutterwald, 21. Aug. (Schwere Bluttat.) Der verheiratete Arbeiter Otto Lipps von hier wurde auf der Gottswälderstraße von einem Arbeiter aus Hohnhurst nach kurzem Wortwechsel mehrere Male in die Brust gestochen, sodaß Lipps ins Krankenhaus verbracht werden mußte, wo er nun hoffnungslos darniederliegt.

Brunnadern b. Waldshut, 21. Aug. (Brand.) Das landwirtschaftliche Anwesen von Karl Höfler wurde am Montag durch Feuer vollständig zerstört. Neben der Ernte ist ein großer Teil der Fahrnisse mitverbrannt. Als Brandursache wird Nachentzündung eines Blitzschlages vermutet. Das Haus stand allein an der Landstraße.

Radolfzell, 21. Aug. (Petri Heil.) Dem Sportfischer Willi Kaiser gelang es, einen Hecht zu fangen, der die erstaunliche Größe von 1,60 Meter aufwies und 13 Pfund wog.

Konstanz, 21. Aug. (Vom Ertrinken gerettet.) Am Montag fiel am Kranenhafen beim Spielen ein sechs Jahre alter Knabe ins Wasser und drohte zu ertrinken. Schriftleiter Strobel, der die Gefahr erkannte, sprang dem Kinde nach. Es gelang ihm den Knaben an Land zu bringen; die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg begleitet.

Vom Bodensee, 21. Aug. (Todesfall.) In Lindau ist im 68. Lebensjahr Reichsbahn-Oberinspektor a. D. Georg Herold, der als hervorragender Alpinist weit über seine Heimatstadt hinaus Ansehen genoß, gestorben. Bekannt sind die vielen schwierigen Erstbesteigungen, die Herold ausgeführt hat. Es sei nur an den Herold-Weg im Kaisergebirge erinnert, den er allein meisterte und der auch nach ihm benannt wurde. Zusammen mit dem Steinmetzmeister Heller zählte Georg Herold auch zu den „Pionieren des Skisports".

*

— **NSV. schickt Kinder in Erholungsheime.** Im Rahmen des Erholungswerkes des deutschen Volkes wurden von der NSV. Gau Baden am 17. August 18 Kinder zu mehrwöchentlicher Erholung dem Kindererholungsheim Heidelberg-Schlierbach zugewiesen. Am 20. August fanden weitere 48 Kinder, die in Karlsruhe, Lörrach, Offenburg und Freiburg zuhause sind, in dem Kindererholungsheim Bad Rappenau Aufnahme. Am gleichen Tage ging ein Transport von 50 Kindern aus Heidelberg und Karlsruhe nach Herrenalb ab, wo die Kinder in dem idyllisch gelegenen Erholungsheim den Segen eines Kuraufenthaltes kennenlernen können. 12 Kinder aus Karlsruhe treten am 23. August die Fahrt nach Bad Dürrheim an. Auch sie sollen sich recht gut erholen.

— **Viehseuchen in Baden.** Nach den Mitteilungen der Bezirkstierärzte waren am 15. August 1935 im Lande Baden verseucht mit: Maul- und Klauenseuche: Amtsbezirk Meßkirch, Gemeinde Oberglashütte; Amtsbezirk Villingen, Gemeinde Niedereschach; Amtsbezirk Bühl, Gemeinde Sinzheim und Weitenung.

Die Waldshuter Chilbi

Waldshut, 20. Aug. Die Waldshuter Chilbi, das Volksfest am Oberrhein, hatte auch in diesem Jahre seine Anziehungskraft nicht verfehlt. Die Veranstaltungen begannen früh morgens mit dem Wecken der Stadtmusik. Dann wickelte sich inmitten der Stadt das überaus reichhaltige Programm ab. Neben Musik und Gesang verfolgten die Tausende die Vorführungen der Schweizer Gäste, die mit Fahnenschwingen, Alphornblasen usw. aufwarteten. Am Nachmittag bewegte sich ein großer Festzug, an dem zahlreiche Trachtengruppen teilnahmen, zur Festwiese, wo Bürgermeister Wild die Festteilnehmer in herzlichen Worten willkommen hieß. Nach der Rede begann das bunte Treiben auf der Festwiese.

Kultusminister Dr. Wacker, der bereits am Vormittag den Darbietungen in der Stadt beigewohnt hatte, hatte eine sehr freundschaftliche Aussprache mit den Schweizer Gästen, die es sich am Abend, nachdem der Minister von seinem Besuch auf der Küssaburg zurückgekehrt war, nicht nehmen ließen, ihm einige Jodlerlieder zu singen.

Das Wetter
für Freitag

Der mitteleuropäische Hochdruck hat sich nach Osten verlagert, während sich bei Irland und über der Biskaya Tiefdruckgebiete zeigen. Unter diesen Umständen ist für Freitag zeitweilig bedecktes, aber im großen und ganzen immer noch freundliches Wetter zu erwarten.

Lehrlingseinstellung im Handwerk nur noch über die Arbeitsämter!

Die Badische Handwerkskammer hat dem bisherigen § 7 zur Regelung des Lehrlingswesen folgende Fassung gegeben:

Als Lehrlinge sind nur Jugendliche anzunehmen, welche die erforderlichen Fähigkeiten besitzen und frei von Krankheiten, bezw. von körperlichen und geistigen Gebrechen sind, die sie zur Erlernung des betr. Handwerks untüchtig machen, oder die sie in ihrem guten Fortkommen in dem betreffenden Handwerk hindern.

Die Lehrstellenvermittlung hat ausschließlich durch das zuständige Arbeitsamt zu erfolgen, das seinerseits mit der HJ, der Deutschen Arbeitsfront, der Handwerkskammer und den zuständigen Innungen eng zusammenarbeitet. Die Lehrherrn haben die offenen Lehrstellen beim Obermeister der Innung möglichst frühzeitig zu melden. Dieser hat dieselben sofort dem Arebitsamt bekannt zu geben. Jugendliche und ihre Eltern, die unmittelbar bei Lehrherrn anfragen, sind an das zuständige Arbeitsamt zu verweisen. Mit den Lehrverträgen ist der Kreishandwerkerschaft — wenn die Innung die Lehrlingsrolle führt, dieser — eine Bescheinigung vorzulegen, aus welcher hervorgeht, daß gegen die Einstellung dieses Lehrlings seitens des Arbeitsamts keine Bedenken bestehen.

Die Auswahl der Lehrlinge hat nach ihrer geistigen, charakterlichen und körperlichen Eignung zu erfolgen. Dabei sind die Jugendlichen in ihrer Gesamtpersönlichkeit zu erfassen. Die Arbeitsämter haben diese Feststellungen zu treffen unter Verwendung des Schulgutachtens, der Gutachten des Arztes und der HJ, ferner auf Grund eines eingehenden Beratungsgesprächs und gegebenenfalls durch Vornahme von Eignungsuntersuchungen, zu denen der Obermeister oder Lehrlingswart der Innung hinzuziehen sind. Sie haben die erwähnte Bescheinigung auszustellen und im Einvernehmen mit den Obermeistern oder Lehrlingswarten der Innungen dem Lehrherrn für jede offene Lehrstelle mehrere Bewerber zur Auswahl zuzuweisen. Den Lehrherrn bleibt es überlassen, unter den von den Arbeitsämtern zugewiesenen Jugendlichen nach eigenem Ermessen zu wählen. Sofern die zugewiesenen Jugendlichen nicht entsprechen, können weitere Bewerber beim Arbeitsamt angefordert werden.

Durch diese Regelung wird sichergestellt, daß künftig jeder Lehrstellensuchende an den Platz kommt, der ihm gebührt, und daß andererseits das Handwerk nur geeigneten Nachwuchs erhält. **Deutschland muß durch Qualitätsarbeit überzeugen!** Die Menschen, die diese Arbeit ausführen, müssen besonders ausgesucht sein. Dies ist mit die vornehmste Aufgabe der Arbeitsämter.

Die letzten „Kraft durch Freude"-Reisen

Millionen deutscher Volksgenossen haben bereits in diesem Jahr ihre „Kraft durch Freude"-Urlaubsreise unternommen. Für alle waren die Tage an der See, in den Bergen oder in einer der anderen schönen Gegenden der deutschen Heimat ein unvergleichliches Erlebnis. Bald ist nun auch das Reiseprogramm des Gaues Baden erschöpft. Folgende Fahrten bilden den Abschluß im Jahre 1935:

28. August bis 4. September mit der „Monte Olivia" **nach Norwegen.** Gesamtkosten RM. 59.—. Aufenthalt in Hamburg mit Stadtrundfahrt und Besichtigungen. Hafenrundfahrt.
Die „Monte Olivia" hatte die ersten deutschen Arbeiter als Urlaubsgäste an Bord. Sie führt auch in diesem Jahre die letzten Badener in die Herrlichkeit der Fjorde. Für jeden, der seinen diesjährigen Urlaub auf hoher See verbringen will, besteht also noch eine Möglichkeit, vorausgesetzt, daß die Anmeldung rechtzeitig erfolgt.

30. August bis 7. September: **Moselfahrt.** Gesamtkosten RM. 36.20.
In einer der schönsten Gegenden des Moseltales führt diese „Kraft durch Freude"-Reise. Die Vielgestaltigkeit der Mosellandschaft, die gerade im Spätsommer stark zum Ausdruck kommt, wird den Urlaubern tiefe Eindrücke mit nach Hause geben.

7. September bis 15. September: **An den Rhein!** Gesamtkosten RM. 30.70.
Die Gegend von Caub und St. Goarshausen ist diesmal das Reiseziel. Unter fröhlichen Menschen am Rhein seinen Urlaub verbringen, heißt loslösen von Sorgen und Aufregungen des Alltags!

22. September bis 29. September: **Ins Allgäu.** Gesamtkosten RM. 31.40.
Für die Freunde des Gebirgs, die ihren diesjährigen Urlaub noch nicht verbracht haben, ist diese Fahrt die letzte Gelegenheit. Eine ganz neue Einrichtung ist die der Bergtouren. Täglich werden unter ausgezeichneter Führung Bergtouren unternommen nach dem Grünten (1700 m), Nebelhorn (2200 m), Mädelegabel, Hohes Licht, Kemptener Hütte, Breitachklamm usw. Selbstverständlich ist auch für jene Urlauber, die sich diesen Wandergruppen nicht anschließen, der Aufenthalt erlebnisreich.

6. Oktober bis 10. Oktober: **München.** Gesamtkosten RM. 20.70 mit Uebernachten, ohne Verpflegung.
Die Stadt der Bewegung verdient es, gesehen zu werden. Die große Anzahl der weltbekannten Kunstsammlungen und der Museen, die berühmten Bauwerke der bayerischen Hauptstadt und eine herrliche Umgebung sollte jeder einmal kennen gelernt haben!

Die rechtzeitige Anmeldung garantiert die Teilnahme. Darum müssen die Anmeldungen umgehend an die „Kraft durch Freude"-Dienststellen erfolgen!

Firmen- und sonstige Mannschaften

OL. **Karlsruhe,** 18. Aug. Der Gaubeauftragte des Reichssportführers für den Gau Baden gibt bekannt:

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Austragung von Wettkämpfen und Wettspielen jeder Art zwischen Vereinen des Reichsbundes für Leibesübungen und Firmenmannschaften, die dem Reichsbund für Leibesübungen nicht angeschlossen sind, untersagt ist. Die Fachämter werden ersucht, mit allen Mitteln den wilden Spiel- und Sportbetrieb dieser Vereinigung zu unterbinden. Uebungsstätten dürfen keinesfalls zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden. Wo solche Vereinigungen an die Oeffentlichkeit treten, sind sie sofort dem zuständigen Bezirksbeauftragten zu melden.

Willst Du Erfolge haben im Geschäft,

so inserierе im „Durlacher Tageblatt" dem zugkräftigsten Organ für die Durlacher Geschäftswelt.

Aus Stadt und Land

Durlacher Filmschau

Mein erster Flug mit Udet.

Von Jürgen Ohlsen (Hitlerjunge Quex")

Da bimmelt eines Tages das Telphon: in einem Udet-Film der Terra „Wunder des Fliegens" soll ich spielen, und mit Udet fliegen?! . . . .

Donnerwetter, das wäre ja 'ne ganz große Sache!

Am nächsten Vormittag bin ich draußen auf dem Flughafen Tempelhof. Udet ist gerade mit seiner Maschine aufgestiegen — einen 750-PS-Curtiß-Hawk, ein tolles Ding, ganz silbern leuchtend, mit einem Riesenmotor, der einen Hundskrach macht.

Ich sehe zu, wie Udet hoch oben in der Luft Kurven dreht und denke mir: das kann ja nett werden, wenn er das mit mir im Passagiersitz auch alles macht.

Mir ist ein bißchen unheimlich zumute, aber ich freue mich natürlich doch mächtig darauf . . . Als Udet landet, merke ich, daß in der Maschine gar kein Passagiersitz ist. Aber dicht daneben steht der Klemm-Eindecker, da sind zwei Sitze — — Und schon kommt auch Udet auf mich zu: „Na, willst du mal mitfliegen?!" — Und ob ich will!

Ich habe ja noch nie in einer offenen Sportmaschine gesessen, nur in einer großen Verkehrsmaschine bin ich mal nach München geflogen.

Während der Monteur mich anschnallt und mir eine Brille gibt, höre ich Udet gerade sagen: „— — jetzt werd' ich mal ausprobieren, ob der Junge zum Fliegen geeignet ist."

Wir starten! — Ein ganz kleiner Anlauf nur, und schon schweben wir über dem Rollfeld. Plötzlich legt sich die ganze Kiste auf die eine Seite — ich versuche rasch das Gleichgewicht zu halten —, und nun geht's steil in die Höhe! Komisches Gefühl, beim erstenmal! Bald geht's wieder runter, dann dreht Udet 'ne Steilkurve, oder er läßt die Maschine „slippen" — das ist, als ob wir nach seitwärts weggetrieben würden.

Nachdem ich mich an die Bewegung der Maschine gewöhnt habe, gucke ich mir den Flugplatz und die Umgebung von oben an: da auf dem Sportplatz spielen sie Fußball — und vor dem Verwaltungsgebäude landet eben eine große Verkehrsmaschine — ganz klein wie ein Spielzeug sieht sie von oben aus. Aber lange kann ich mich nicht umschauen — die Nase der Klemm steht schon wieder steil nach oben, ich kann nur noch den Himmel sehen — dann fallen wir plötzlich direkt auf den Flugzeugschuppen runter!

Ich merke, wie Udet das Gas abdrosselt — jetzt schweben wir richtig über das Dach weg und in komischen Schaukelbewegungen nähern wir uns wieder dem Rollfeld, ganz groß kann ich die Grashalme erkennen — und die Räder rollen gleich darauf über den Boden — — —

„Na, wie war's?" fragt mich Udet, als wir herausklettern aus den Sitzen.

Da kann ich wirklich nur eins antworten: „Fabelhaft!"

„Dann ist die Sache in Ordnung", meint Udet und lacht:

„— dasselbe mußt du nämlich in deiner Anfangsszene nach dem ersten Flug mit mir auch sagen, wenn wir den Film „Wunder des Fliegens" drehen!"

Der Film läuft im **Skala-Theater.**

*

Karlsruher Polizeibericht vom 22. August 1935.

Führerscheinentziehung: Dem 23 Jahre alten Erwin Bayer in Karlsruhe, Hirschstraße Nr. 25, wurde vom Polizeipräsidium Karlsruhe der Führerschein entzogen und ihm die Führung von Kraftfahrzeugen jeder Art untersagt, weil er in zwei selbständigen Handlungen jeweils ein Kraftfahrzeug gegen den Willen des Eigentümers in Gebrauch genommen und den erforderlichen Führerschein nicht mit sich führte.

Verkehrssünder: Der in Karlsruhe, Markgrafenstr. 16, wohnhafte Karl Wagner, wurde vom Polizeipräsidium hier im Schnellverfahren mit Haft bestraft, weil er auf dem Fenstersims des Hauses Markgrafenstraße 14 saß und hierbei seine Beine über den an sich schmalen Gehweg stellte, wodurch Fußgänger behindert waren und die Fahrbahn benützen mußten. Trotz Weisung eines Polizeibeamten, sich zu entfernen, hat Wagner keine Folge geleistet und die strafbare Handlung fortgesetzt, sodaß er in polizeilichen Gewahrsam genommen werden mußte.

Toddurch Herzschlag: Gestern um 19,30 Uhr erlitt ein verheirateter, 57 Jahre alter Amtsgehilfe aus Daxlanden auf der Heimfahrt mit seinem Fahrrad von Ettlingen, in der Nähe von Bulach einen Herzschlag. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Wegen Uebertretung der Reichsstraßenverkehrsordnung wurden vom 21./22. 8. 1935 gebührenpflichtig verwarnt bezw. angezeigt: 2 Fußgänger, 4 Fuhrwerkslenker, 108 Radfahrer, 50 Kraftfahrer.

Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom 21. August

Argentinien (1 Pap.-Peso)	0,666	0,670
Belgien (100 Belga)	41,86	41,94
England (1 Pfund)	12,345	12,375
Frankreich (100 Frc.)	16,43	16,47
Holland (100 Gulden)	167,76	168,10
Italien (100 Lire)	20,36	20,40
Norwegen (100 Kr.)	62,05	62,17
Oesterreich (100 Schilling)	48,95	49,05
Schweden (100 Kr.)	63,65	63,77
Schweiz (100 Frc.)	81,05	81,21
V. St. von Amerika (1 Dollar)	2,478	2,482
Tschechoslowakei (100 Kr.)	10,31	10,33

Börsen

Berliner Börse vom 21. Aug. Die Tendenz war nicht ganz einheitlich, jedoch zeigte sich Interesse für einige Sonderwerte (Daimler, AEG. und Eisenhandel). Der Anleihemarkt war unterschiedlich Altbesitz leicht befestigt Reichsschuldbuchforderungen gaben etwas nach. Geldmarkt unverändert leicht. Tägliches Geld 2,84 bis 3,12 Prozent und darunter. Am Devisenmarkt lag das Pfund auch heute gegenüber den Golddevisen ziemlich fest. Der Schweizer Franken war noch etwas schwächer.

Stuttgarter Börse vom 21. Aug. Auf Grund der besseren auswärtigen Schluß-Kurse von gestern, war auch die heutige Börse für Spezialwerte freundlicher gestimmt, während Lokalwerte nicht ganz einheitlich waren. Speziell Daimler-Benz plus 1,5 Prozent. Der Rentenmarkt war heute bei wenig veränderten Kursen lebhafter.

Märkte

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 20. Aug. Auftrieb: 23 Ochsen, 39 Bullen, 48 Kühe, 77 Färsen, 247 Kälber, 2 Schafe, 548 Schweine. Preise: Ochsen 40—42, Bullen 37—42, Kühe 20—42, Färsen 40—42, Kälber 45—64 Schafe 36—38, Schweine 52 bis 53,5 RM.

Karlsruher Fleischgroßmarkt vom 20. Aug. Preise: Ochsenfleisch 76—82, Kuhfleisch 60—68, Färsenfleisch 76—82, Bullenfleisch 76—82, Schweinefleisch 72—78, Kalbfleisch 82—88, Hammelfleisch 74—80 Pfg.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 19. Aug. Auftrieb: 68 Rinder, 143 Kälber, 347 Schweine. Preise: Ochsen 41—46, Bullen 41—45, Kühe 25—36, Rinder 42—46, Kälber 45—60, Schweine 51—53,5, Sauen 47—48 RM

Freiburger Schlachtviehmarkt vom 19. Aug. Auftrieb: 45 Rinder, 144 Kälber 33 Schafe, 461 Schweine. Preise: Ochsen 38—45, Bullen 41—42, Kühe 23—42, Rinder 40—45, Kälber 46—67, Schweine 50—53,5, Schafe 35—42 RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Das Wohnungsproblem

Mehr Familien — Ersatz alter Häuser — Umsiedlung

Von Professor Dr. Fritz Zadow-Berlin.

Mit Hilfe der großen Summen, die in der Nachkriegszeit bis zum Jahre 1929 als Hauszinssteuerhypotheken zur Verfügung gestellt worden waren, hatte man die Zahl der jährlich hergestellten Neubauwohnungen bis zu einem Höchststand von rund 300 000 Wohnungen steigern können. Aber das war noch bei weitem zu wenig! Bei der Reichswohnungszählung im Jahre 1929 wurde festgestellt, daß noch immer eine Million Familien keine eigene Wohnung hatten. Die folgenden Jahre brachten dann die Wirtschaftskrise und damit wieder ein starkes Absinken der Neubautätigkeit.

Erst die großzügigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Regierung und der damit verbundene Aufschwung des Wirtschaftslebens steigerte auch wieder den jährlichen Zugang an Neubauwohnungen. Gleichzeitig nahm aber auch die Nachfrage zu, vor allem infolge der von der Reichsregierung durch eine Reihe von Maßnahmen geförderten Zunahme der Eheschließungen, die von rund 500 000 im Jahre 1932 auf über 700 000 im Jahre 1934 gestiegen sind. Unter Berücksichtigung des Fortfalls selbständiger Haushaltungen durch Tod oder aus sonstigen Gründen hat der Reinzugang an Haushaltungen im Jahre 1934 etwa 460 000 betragen.

Wenn nun auch der Wohnungsbau seit 1933 zugenommen hat — das Jahr 1934 brachte sogar die hohe Zahl von 318 000 neuen Wohnungen, von denen allein 120 000 durch Teilung von Wohnungen oder Umbau sonstiger Räume im Rahmen der großen Zuschußaktion hergestellt waren —, so hat doch der Zugang seit 1929 nicht ausgereicht, um die durch den Zugang von Haushaltungen gesteigerte Nachfrage zu decken. Das Statistische Reichsamt hat die Zahl der Familien ohne eigene Wohnung noch vor kurzem auf 1 350 000 geschätzt. Im einzelnen ist die Lage sehr verschieden; am ungünstigsten liegen die Dinge in den Gemeinden, wo aus besonderen Gründen (Vermehrung von Fabrikbelegschaften, usw.) ein Zugang eingesetzt hat.

Der von jetzt ab für jedes laufende Jahr neu hinzutretende Wohnungsbedarf wird auf 400 000 geschätzt. Er ist zum größten Teil veranlaßt durch die Eheschließungen, aber auch durch den dringend werdenden Ersatz unbrauchbar gewordener Häuser aus der Gründerzeit, bei denen die Reparaturkosten schon jetzt in keinem Verhältnis zur erzielbaren Miete stehen. Als vordringlichster Bedarf wird eine Zahl von 80 000 Einzimmerwohnungen, 52 000 Dreizimmerwohnungen, 16 000 Vierzimmerwohnungen und rund 60 000 Siedlungshäusern angesehen. Rechnet man für die Errichtung einer Wohnstätte in Deutschland 5000 Mark, so fordert die Errichtung von 400 000 Wohnungen in diesem Jahre einen Betrag von zwei Milliarden Mark, der für die Arbeitsbeschaffung eine erhebliche Bedeutung hat. Bei diesen Berechnungen ist bereits berücksichtigt, daß nicht jeder neugegründete Haushalt eine eigene Wohnung beansprucht. Schon in den Jahren der Wirtschaftskrise und starken Arbeitslosigkeit teilten oft mehrere Familien eine Wohnung. Kinder und Eltern ziehen oft zusammen, sowohl aus Gründen der Ersparnis wie der Geselligkeit und gegenseitigen Hilfe.

Betrachtet man die Wohnungsbaufinanzierung vor dem Kriege, so ergibt sich, daß 67 v. H. durch Ersparnisse der Bevölkerung bei organisierten Instituten, Sparkassen, Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften, aufgebracht worden sind. Unter Einbeziehung der zweiten Hypotheken für Restkaufgelder, bei Handwerkern und Privaten, waren es sogar 90 v. H. Die Volkswirtschaft war also stark genug, den Wohnungsbau, der soziale, rechtliche und sachliche Sicherheiten zu bieten vermag, auf natürliche Weise selbst zu finanzieren. Heute aber liegen die Dinge so, daß es in absehbarer Zeit kaum möglich sein wird, ein großzügiges Siedelungswerk ohne Staatshilfe durchzuführen. Alle Ueberlegungen über die Finanzierungsmöglichkeit der in diesem Jahre fertigzustellenden Bauten haben ergeben, daß die Privatinitiative allein zur Zeit diese große Aufgabe nicht zu lösen vermag. Zu bedenken war dabei auch, daß die Mittel des unorganisierten Kredits, der 1934 über die Hälfte der Neuaufwendungen finanziert hatte, zu einem wesentlichen Teil nicht der laufenden Kapitalbildung entstammten, sondern Beträgen, die in der Krise gehortet waren.

Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel eine Verschärfung der Wohnungsnot mit allen ihren Schäden in sozialer, bevölkerungspolitischer und gesundheitlicher Hinsicht zu verhindern.

Das Gesetz vom 30. März 1935 hat bekanntlich die Hauszinssteuersenkung des Althausbesitzes in eine Reichsanleihe zur Förderung des Wohnungsbaues umgeleitet. Die etwa 200 Millionen Mark Senkungsbeträge werden den Hauseigentümern, die für 1935/36 die Hauszinssteuer in der alten Höhe weiter zu entrichten haben, als Anleihe verzinst. Außerdem ist für dieselbe Aufgabe die Bereitstellung von 50 Millionen Mark aus dem Fond zur Förderung der Eheschließungen vorgesehen. Damit ist das Reich in diesem wie im nächsten Jahr — ebenso wie im Jahre 1934 — mit je 250 Millionen Mark aktiv am deutschen Wohnungsbau beteiligt. Im einzelnen werden die Mittel eingesetzt für die Kleinsiedelung, den Bau billiger Kleinwohnungen und die Altstadtsanierung. Es ist damit zu rechnen, daß das Reich mit diesen 250 Millionen mindestens einen Betrag von einer Milliarde an Privatkapitalien in Bewegung setzen wird.

Angesichts der Tatsache, daß 40 Millionen Menschen in Städten wohnen und daß noch Jahrzehnte vergehen werden, bis die Umsiedelung unserer großen Industrien so weit ist, daß man von einer Dezentralisierung sprechen darf, muß alles darangesetzt werden, den städtischen Wohnungsbau zu fördern. Unsere so energisch eingeleitete Bevölkerungspolitik, welche die Eheschließung erleichterte und die kinderreichen Familien bevorzugt, bliebe schließlich wirkungslos, wenn die Wohnung, eine entscheidende Voraussetzung für jede Familiengründung, fehlte.

Wiedereingliederung der Strafentlassenen in die Volksgemeinschaft

Von Paul Berg,

Leiter der Berliner Strafentlassenen-Hilfe

NSK. III. Die Strafentlassenen-Fürsorge hat ihre Arbeit von zwei verschiedenen, sich aber ergänzenden Gesichtspunkten zu leisten. Es ist ihre Aufgabe, den Strafentlassenen, der sich wieder in die Volksgemeinschaft eingliedern will, tatkräftig in seinem Bestreben zu unterstützen. Auf der anderen Seite hat die Volksgemeinschaft aber einen Anspruch darauf, daß sie weitgehendst vor asozialen Elementen geschützt wird. Es ist grundsätzlich falsch, wenn man unter Fürsorge nur Hilfe für den Betreffenden versteht.

Auch die Entlassenen-Fürsorge ist ein wichtiger Bestandteil derjenigen staatlichen Maßnahmen, die die Bekämpfung des Verbrechertums bezwecken. Man legt heute einen gesteigerten Wert auf die Verhütung von Straftaten. Die Wichtigkeit der Fürsorgetätigkeit auf diesem Gebiet liegt nach dem Vorhergesagten klar auf der Hand. Soll der Strafzweck erreicht werden, muß eine festgeschlossene Einheit zwischen Strafurteil — Strafvollzug — und Entlassenen-Fürsorge geschaffen werden.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Fürsorge von sich aus eine strenge Auslese treffen muß, um den wertvollen Strafentlassenen von dem minderwertigen zu scheiden. Gerade dem Fürsorger in der Entlassenen-Fürsorge zeigt der Bestrafte oft ein ganz anderes Gesicht wie dem Gericht gegenüber oder während der Strafverbüßung im Strafvollzug. Es ist Pflicht jedes Fürsorgers, daß er ihm bekanntwerdende bewußt kriminelle und arbeitsunwillige Strafentlassene den zuständigen Behörden meldet, damit diese in der Lage sind, von sich aus ihre weiteren Maßnahmen zu treffen.

Es ist eine weit bekannte Beobachtung, daß eine Reihe von Strafentlassenen mit Vorliebe nach der Entlassung die Großstädte aufsucht. Dieser Drang zur Großstadt ist besonders bei denjenigen Entlassenen verständlich, die in der Engräumigkeit der Kleinstadt straffällig geworden sind und dort viel stärker der Nachrede ihrer Volksgenossen ausgesetzt sind und in vielen Fällen keine Möglichkeit zu einem Erwerb finden. Leider versucht auch ein erheblicher Teil der bewußt Kriminellen die Großstadt aufzusuchen, um dort leichter „untertauchen“ zu können. In der heutigen Zeit muß aber vor jedem Zuzug in die Großstadt außerordentlich gewarnt werden. Durch das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. Mai 1934 ist der Zuzug von Arbeitslosen in die sogenannten Notstandsgebiete gesperrt. Die Großstädte begrüßen diese Maßnahme in jeder Weise, da ihre besondere Notlage erheblich durch den ständigen Zustrom Arbeitsloser in der Nachkriegszeit begründet liegt. Besonders für den intellektuellen Arbeiter liegen hier, soweit es sich um Bestrafte handelt, oftmals Härten, die wir in Einzelfällen gern überbrücken möchten. Die Unterbringung kräftiger Handarbeiter macht heute keine wesentlichen Schwierigkeiten.

Stark erschwert ist aber die Vermittlung und Wiedereinordnung von früheren Beamten, öffentlich Angestellten, Lehrern sowie von Angehörigen anderer geistiger Berufe. Es liegt sicher im Interesse der Volksgemeinschaft, wenn der Gesetzgeber unzuverlässigen Kraftwagenführern, betrügerischen Maklern, Vertretern, Rechtsbeiständen, Händlern usw. den Weg in diese Berufe verschließt. Da diese Gruppe meist für körperliche Arbeiten wenig geeignet ist und noch weniger ernsthafter Arbeitswille in vielen Fällen vorliegt, bereiten uns diese Fälle in der Praxis oft die allergrößten Schwierigkeiten. Hier gilt es, unsere ganze Kraft einzusetzen, um dem Entlassenen klar zu machen, daß keiner zu schade ist, auch einmal körperliche Arbeit zu verrichten, auch wenn er noch so viel Hemmungen auf Grund seiner Vorbildung und Erziehung hat. Es ist besser als ehrlicher Arbeiter sein Brot zu essen, statt als geistiger Arbeiter den Arbeitsnachweis zu bevölkern und somit der Wohlfahrtspflege zur Last zu liegen.

Es hieße die Problematik unserer Arbeit verkennen, wenn man glaubt, daß mit einer Arbeitsvermittlung alle Schwierigkeiten der Einordnung behoben sind. Gerade bei dem Prozentsatz der Einordnungsfähigen muß oft noch nach Jahren straffreier Führung helfend eingegriffen werden. Ein starkes Hindernis ist die von großen Kreisen der Arbeitgeber geforderte Vorlegung des polizeilichen Führungszeugnisses. Hier kann es uns nur durch unsere genaue Kenntnis der Einzelpersönlichkeit gelingen, Arbeitgeber von dem guten Willen des Entlassenen zur Arbeit zu überzeugen. Eine wichtige Aufgabe der Volkserziehung liegt heute darin, aufklärend zu wirken und dem einzelnen Volksgenossen klarzumachen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen einem einmalig Gestrauchelten und dem immer wieder straffällig werdenden Gewohnheitsverbrecher besteht.

Ich denke hierbei hauptsächlich an die heute so schwer unterzubringende Gruppe der Personen unter 25 Jahren. Machen wir uns klar, daß besonders die Altersgruppen zwischen 21 und 25 Jahren einen erheblichen Prozentsatz der Bestraften überhaupt ausmachen und somit als stark gefährdet anzusehen sind; daß diese Gruppe aber sehr oft nur durch die furchtbare Nachkriegszeit erheblich milieugeschädigt ist und sehr oft nach verbüßter Strafe die innere Bereitschaft zu einer endgültigen Umstellung mitbringt. Die Arbeitsunterbringung dieses Personenkreises ist zurzeit bestimmungsgemäß dadurch sehr stark beschränkt, daß diese Gruppe nur dann die Arbeitsgenehmigung erhält, wenn sie ihre Zeit im Freiwilligen Arbeitsdienst oder in der Landhilfe durchgemacht haben oder wenn sie verheiratet sind oder für unterhaltsberechtigte Angehörige zu sorgen haben. Landhilfe und Arbeitsdienst lehnen es aber in der Regel ab, Bestrafte in ihren Reihen aufzunehmen. Auch hier gelingt es oftmals in günstigen Fällen die Aufnahme doch noch zu erreichen. Ich kann hierbei sagen, daß wir Fehlschläge und Rückfälligkeit kaum erlebt haben, denn gerade der Freiwillige Arbeitsdienst ist eine Einrichtung, die imstande sein kann, einmalig oder geringfügig Vorbestrafte, die den festen Willen zur Einordnung haben, wieder voll in die Volksgemeinschaft einzureihen.

Es würde zu weit führen, hier auf alle Probleme und Schwierigkeiten der täglichen Arbeit einzugehen. Es mag genügen, wenn ich noch einige Punkte wenigstens kurz andeute. Anträge auf Sicherstellung von Sachen der durch die plötzliche Inhaftierung aus ihren Verhältnissen herausgerissenen Ledigen kehren täglich wieder, desgleichen Anträge auf Wiederbeschaffung verlorengegangener Arbeitspapiere und Zeugnisse. Einen ziemlichen Raum der täglichen Arbeit nehmen die Maßnahmen zur Wiederanknüpfung abgerissener Beziehungen zu Familienangehörigen ein, die sich sehr oft durch die Bestrafung des Familienmitgliedes von diesem lossagten, ohne dabei zu bedenken, daß gerade die Familie als der kleinste Staat im Staate in erster Linie die Pflicht hat, an der Wiedereingliederung des Gestrauchelten mitzuarbeiten, ehe sie die Sorge für ihn dem Staate überläßt. Diese schwere und doch volkswirtschaftlich so wertvolle Arbeit ist nur denkbar und möglich durch enges Zusammenwirken aller Kräfte der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, vornehmlich der NS.-Volkswohlfahrt, den Arbeitsämtern, den verschiedenen Partei-Organisationen, sowie jedes einzelnen Volksgenossen.

Buntes Allerlei

Scheidungsgründe dutzendweise

Eine recht vergnügliche Ehe muß die Amerikanerin Miß Elisabeth Roß geführt haben, denn bei ihrem Scheidungsprozeß, der übrigens mit einer Versöhnung endete, gab sie nicht weniger als 75 Scheidungsgründe an. Die „wichtigsten“ darunter waren folgende: Der Mann käme sehr oft nicht zum Mittagessen nach Hause. Er gehe mit ihr Sonntags nicht spazieren. Er mache Tagebucheintragungen in Geheimschrift. Er rufe sie nie aus seinem Büro telephonisch an. Er bade oft zwei Stunden im Badezimmer. Er schneide ihr den Draht an der Nachttischlampe durch, damit sie nicht lese und er ungestört schlafen könne. Auch das Wirtschaftsgeld werde von ihm viel zu niedrig bemessen. Der beklagte Ehegatte erwiderte mit folgenden Vorwürfen: Seine Frau pflege ihn mit besonderer Vorliebe ein schwachsinniges Rhinozeros und eine wahnsinnige Nuß zu nennen. Die Verhandlung endete mit einem schallenden Gelächter sämtlicher Beteiligten und mit dem Versprechen besserer Verträglichkeit.

Rasierklingen aus Glas

Die von der Wirtschaftskrise schwer betroffenen Glashütten im nördlichen Böhmen unternehmen gegenwärtig einen interessanten Versuch, wieder zu neuem Absatz und wachsender Beschäftigung zu kommen. Veranlaßt durch den Vorschlag eines Erfinders, haben sie ihre Produktion auf die Herstellung von Rasierklingen umgestellt, die aus reinem Glas bestehen. Die bisherigen Proben haben bereits gute Ergebnisse gezeitigt. Der Nachteil der Klingen liegt nur darin, daß sie sich nicht wie die Stahlklingen nachschleifen lassen. Man hofft jedoch, diesen kleinen Fehler durch große Billigkeit ausgleichen zu können.

Wo wird das meiste Brot gegessen?

Die amerikanische Universität Statford hat statistische Untersuchungen über den Brotverbrauch in den verschiedenen Ländern angestellt, wobei von einer uralten Redensart ausgegangen wurde: „Der Franzose ist ein Mensch, der nie genug Brot bekommen kann.“ Die erwähnten genauen Untersuchungen haben dann allerdings ergeben, daß der Franzose mit einem jährlichen Verbrauch von 220 Kilo an der Spitze der Völker marschiert. Danach kommt der Belgier mit 197, weiter der Italiener mit 162 und der Engländer mit 153. Es wird wundernehmen, daß nach dieser Statistik der Deutsche sich mit 73 Kilo begnügen soll und daß der geringste Brotverbrauch in Europa angeblich auf die Dänen fällt mit nur 41 Kilo im Jahr. Dabei wird man allerdings berücksichtigen müssen, daß in Deutschland und Dänemark die Kartoffel einen sehr großen Teil der Nahrung bildet, an dessen Stelle in den übrigen Ländern eben das Brot tritt.

Wie schläft der Mensch?

An der amerikanischen Universität Pittsburg hat man großzügige Versuche angestellt, die Aufschluß darüber geben, welche Haltung der Mensch im Schlafe einnimmt. Das Ergebnis dieser Beobachtungen ist, daß der gesunde Schläfer in einem 8-Stunden-Schlaf seine Lage gegen 20 bis 45 Mal verändert. Dabei sind nur Bewegungen gerechnet, zwischen denen mindestens eine Dauer von 2½ Minuten liegt. Etwa die Hälfte dieser Stellungen hält der Schläfer weniger als fünf Minuten ein, ein Fünftel gegen 5 bis 10 Minuten, ein Zehntel 10 bis 15 Minuten usw. Es geht also daraus hervor, daß die meisten Lageänderungen innerhalb einer geringen Zeitspanne vollzogen werden. Dem entspricht auch die Beobachtung, daß ein gesunder Schläfer kaum jemals eine Stunde lang in der gleichen Lage ruhen bleibt. Weiter wurde festgestellt, daß nicht die ausgestreckte Lage, die uns als natürlich vorkommt, das Normale ist, sondern die gekrümmte. Am meisten gekrümmt sind dabei die Wirbelsäule, nach der Seite, rückwärts und dazu noch gedreht. Aber auch Arme und Beine werden zu mannigfaltigen Krümmungen benützt. Seltsamerweise ist die Stellung, die am längsten ohne Bewegungsänderung eingehalten zu werden pflegt, die bei den meisten so wenig beliebte Bauchlage.

MARKGRAFEN-THEATER

— — und bei uns wird ab heute eine Woche lang herzlich gelacht über:

Adele Sandrock, Paul Henckels u. Fritz Kampers

in dem herrlichen Lustspiel-Großerfolg:

„Der Herr Senator“

Ein neues Erlebnis: Unsere Adele im . . . Flugzeug! Ein Film von Kopf bis Fuß auf Frohsinn eingestellt.

Im Beiprogramm: „Eine lebende Stadt“ Kulturfilm

Neueste Bavaria-Tonwoche! Beginn 7 und 8¾ Uhr

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 23 August 1935, nachmittags 2 Uhr werde ich in Durlach im Pfandlokal gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

3 Zimmeröfen und 2 Kesselöfen mit Kupferkessel, 1 Registrierkasse.

Durlach, den 22. August 1935

Moosbrugger, Gerichtsvollzieher

Elegante [illegible]-Zimmerwohnung mit Heizung, mögl. Turmberglage gesucht. Angebote unter Nr. 554 an den Verlag.

Schöne 1 Zimmerwohnung an einzelne Person zu vermieten. Zu erfragen im Verlag.

Ehrliches fleißiges **Mädchen** sucht Stelle oder Tagesstelle. Angebote unt. Nr. 553 an den Verl.

Billig zu verkaufen **1 Ovalfaß** 403 Ltr., auch gegen Kartoffel. Näheres im Verlag.

Schöne **3 Zimmerwohnung** mit Bad und Kammer zu vermieten. Weiherstraße 8a.

Leeres großes **Zimmer** heizbar, mit elektr. Licht auf 1. September zu vermieten. Adresse im Verlag

Gartengrundstück an der Ettlingerstr. zu kaufen gesucht. Bergseitig bevorzugt. Angebote unter Nr. 552 an den Verlag.

Morgen Freitag **Schlachttag** Brauerei „Roter Löwen“

Wer liefert 4 Ster **Tannen-Scheitholz** Preisangebote unter Nr. 556 an den Verlag.

1 Zimmerwohnung per sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 555 an den Verlag.

Kauf oder Verkauf vom kleinsten Wohnhaus bis zum größren Anwesen immer durch eine Anzeige im Durlacher Tageblatt!